

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis: 3.00 RM. monatlich 1.20 RM.
wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Anzeigenpreis
Beträgt die siebenstellige Kolonnen-
zeile 60 Pf. „Kleine Anzeigen“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Mittwoch, den 1. August 1917.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Der erste Ansturm in Flandern abgeschlagen.

Französischer Angriff bei Yilain. — Der
Zbrucz von Husiatyn bis Stala über-
schritten. — Sniatyn halbwegs Kolomea-
Czernewitz genommen. — Die Czernowiz-
Linie von den Russen geräumt. — Kämpfe
an der Moldau-Grenze.

Westlicher Kriegsschauplatz.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
In Flandern steigerte sich der Artilleriekampf abends wieder
zu äußerster Heftigkeit, hielt während der Nacht unvermindert an
und ging heute morgen in stärkster Trommelfeuer über.

Östlicher Kriegsschauplatz.
Front des Generalfeldmarschalls
Prinz Leopold von Bayern.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.
Nichts Neues.
Der Chef des Generalstabes.

Der „Kronrat vom 5. Juli“.
Ein amtliches Dementi.
Berlin, 31. Juli. (W. L. B.) Amtlich wird gemeldet:
Die „Times“ und ihr folgend die feindlichen Korrespondenz-
büreaus verbreiten Mitteilungen über einen Kronrat, der
in Potsdam am 5. Juli 1914 bei dem Kaiser unter Teilnahme
der führenden politischen und militärischen Persönlichkeiten
Deutschlands und Oesterreich-Ungarns stattgefunden hätte
und von wo der Plan zur Entfesselung des Welt-
krieges entworfen wäre.

Die flandrische Infanterieschlacht.
Berlin, 31. Juli. (W. L. B.) An der flandrischen Front ist
am 31. früh die Infanterieschlacht entbrannt. Die starke deutsche
Gegenwirkung, die zahlreiche englische Batterien außer Gefecht setzte
und den Engländern schon in der Vorbereitungsphase der flandri-
schen Schlacht schwere Verluste zufügte, suchte die britische Heeres-
leitung durch überhöhten Einsatz ihrer Geschütze und Kriegsmaterial-
reserven auszugleichen. Immer neue Batterien wurden in den
Kampf geworfen, während die englischen Flugabwehrer das
Neuherste daran setzten, durch Aufklärungs- und Bombenflüge die
beginnende Offensive vorzubereiten.

Abendbericht.
Amtlich. Berlin, 31. Juli 1917, abends.
Der heute in Flandern auf 25 Kilometer breiter
Front beiderseits von Ypern vordringende erste Ansturm
des englischen Heeres ist abgeschlagen. — Nach wechsel-
vollen, erbitterten Großkämpfen hat der mit überlegenen
Kräften tiefergegliedert angreifende Feind sich mit dem
Besitz von Trichterstellungen in unserer Abwehrzone be-
gnügen müssen.

Der Kampf um das preussische
Wahlrecht.
Von Paul Hirsch.
Nichts wäre verhängnisvoller, als zu glauben, daß mit
der Osterbotschaft und dem Erlaß vom 11. Juli der Erfolg des
preussischen Dreiklassenwahlrechts durch ein allgemeines,
gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht bereits voll-
zogene Tatsache wäre. Im Gegenteil. Wer auch nur
eingermessen in der parlamentarischen Geschichte Preußens
kennt, der wird sich angesichts der Zusammensetzung des Ab-
geordnetenhauses nicht der Erwartung hingeben können,
daß es ohne schwere Kämpfe abgeben wird.

Der Kampf um das preussische
Wahlrecht.
Von Paul Hirsch.
Nichts wäre verhängnisvoller, als zu glauben, daß mit
der Osterbotschaft und dem Erlaß vom 11. Juli der Erfolg des
preussischen Dreiklassenwahlrechts durch ein allgemeines,
gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht bereits voll-
zogene Tatsache wäre. Im Gegenteil. Wer auch nur
eingermessen in der parlamentarischen Geschichte Preußens
kennt, der wird sich angesichts der Zusammensetzung des Ab-
geordnetenhauses nicht der Erwartung hingeben können,
daß es ohne schwere Kämpfe abgeben wird.

Der Kampf um das preussische
Wahlrecht.
Von Paul Hirsch.
Nichts wäre verhängnisvoller, als zu glauben, daß mit
der Osterbotschaft und dem Erlaß vom 11. Juli der Erfolg des
preussischen Dreiklassenwahlrechts durch ein allgemeines,
gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht bereits voll-
zogene Tatsache wäre. Im Gegenteil. Wer auch nur
eingermessen in der parlamentarischen Geschichte Preußens
kennt, der wird sich angesichts der Zusammensetzung des Ab-
geordnetenhauses nicht der Erwartung hingeben können,
daß es ohne schwere Kämpfe abgeben wird.

Der Kampf um das preussische
Wahlrecht.
Von Paul Hirsch.
Nichts wäre verhängnisvoller, als zu glauben, daß mit
der Osterbotschaft und dem Erlaß vom 11. Juli der Erfolg des
preussischen Dreiklassenwahlrechts durch ein allgemeines,
gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht bereits voll-
zogene Tatsache wäre. Im Gegenteil. Wer auch nur
eingermessen in der parlamentarischen Geschichte Preußens
kennt, der wird sich angesichts der Zusammensetzung des Ab-
geordnetenhauses nicht der Erwartung hingeben können,
daß es ohne schwere Kämpfe abgeben wird.

Der Kampf um das preussische
Wahlrecht.
Von Paul Hirsch.
Nichts wäre verhängnisvoller, als zu glauben, daß mit
der Osterbotschaft und dem Erlaß vom 11. Juli der Erfolg des
preussischen Dreiklassenwahlrechts durch ein allgemeines,
gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht bereits voll-
zogene Tatsache wäre. Im Gegenteil. Wer auch nur
eingermessen in der parlamentarischen Geschichte Preußens
kennt, der wird sich angesichts der Zusammensetzung des Ab-
geordnetenhauses nicht der Erwartung hingeben können,
daß es ohne schwere Kämpfe abgeben wird.

Im Osten weitere Kampferfolge auf beiden Ufern
des Dnjestr und Pruth sowie in den Wald-
Karpathen.

Der österreichische Bericht.
Wien, 31. Juli 1917. (W. L. B.) Amtlich wird
verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.
Beiderseits des Cassin-Tales griff der Feind zu wiederholten
Malen mit starken Kräften an. Nördlich des Tales wurde er
restlos abgeschlagen. Auf den südlichen Höhen bemächtigte er sich
unserer vorderen Gräben. In der Bukowina leisteten die
Russen auch gestern mehrfach erheblichen Widerstand. Die ver-
bündeten Truppen dringen kämpfend östlich der Linie Jakobow-
Fundul Moldow-Schypoth vor. Die über Ruth hin-
ausdrückenden Divisionen gewannen den obersten Sereth. Zwischen
dem Pruth und dem Dnjestr wurde der Feind in heftigen Kämpfen
aus seinen Stellungen östlich von Sniatyn und südöstlich von
Zalozzyk geworfen. Bei Krzyweje nördlich des Dnjestr
stürzten osmanische Regimenter in bewährter Tapferkeit die feind-
lichen Linien. Am Zbrucz erzwangen sich österreichisch-ungari-
sche und deutsche Truppen auf 50 Kilometer Frontbreite an zahl-
reichen Punkten den Uebergang auf das Dnjestr. In Wolhynien
erfolgreiche Stoßtruppunternehmen.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.
Nichts Neues.
Der Chef des Generalstabes.

Der „Kronrat vom 5. Juli“.
Ein amtliches Dementi.

Berlin, 31. Juli. (W. L. B.) Amtlich wird gemeldet:
Die „Times“ und ihr folgend die feindlichen Korrespondenz-
büreaus verbreiten Mitteilungen über einen Kronrat, der
in Potsdam am 5. Juli 1914 bei dem Kaiser unter Teilnahme
der führenden politischen und militärischen Persönlichkeiten
Deutschlands und Oesterreich-Ungarns stattgefunden hätte
und von wo der Plan zur Entfesselung des Welt-
krieges entworfen wäre. Wir sind zu der Feststellung er-
mächtigt, daß die Mitteilungen der „Times“ mit allen Einzel-
heiten frei erfunden sind. Es hat weder an dem ge-
nannten noch an einem andern Tage des Juli eine solche ge-
meinsame Beratung weder mit noch ohne Teilnahme des
Kaisers stattgefunden. Wir stellen weiter gegenüber den Be-
hauptungen der „Times“ erneut fest, daß die deutsche
Regierung sich jeder Einwirkung auf die
Fassung des österreichischen Ultimatus an
Serbien enthalten hat, und daß der Inhalt des Ulti-
matums vor seinem Abgange der deutschen Regierung
völlig unbekannt geblieben ist. Die „Times“ will ihre
falschen Behauptungen auch auf Angaben stützen, die der Ab-
geordnete Cohn im Hauptauschuß des Reichstags gemacht
hätte. Die Angaben des genannten Abgeordneten sind im
Ausschuß von Seiten der Regierung sofort als unrichtig
zurückgewiesen worden.

Die flandrische Infanterieschlacht.
Berlin, 31. Juli. (W. L. B.) An der flandrischen Front ist
am 31. früh die Infanterieschlacht entbrannt. Die starke deutsche
Gegenwirkung, die zahlreiche englische Batterien außer Gefecht setzte
und den Engländern schon in der Vorbereitungsphase der flandri-
schen Schlacht schwere Verluste zufügte, suchte die britische Heeres-
leitung durch überhöhten Einsatz ihrer Geschütze und Kriegsmaterial-
reserven auszugleichen. Immer neue Batterien wurden in den
Kampf geworfen, während die englischen Flugabwehrer das
Neuherste daran setzten, durch Aufklärungs- und Bombenflüge die
beginnende Offensive vorzubereiten.

Abendbericht.
Amtlich. Berlin, 31. Juli 1917, abends.
Der heute in Flandern auf 25 Kilometer breiter
Front beiderseits von Ypern vordringende erste Ansturm
des englischen Heeres ist abgeschlagen. — Nach wechsel-
vollen, erbitterten Großkämpfen hat der mit überlegenen
Kräften tiefergegliedert angreifende Feind sich mit dem
Besitz von Trichterstellungen in unserer Abwehrzone be-
gnügen müssen.

Der Kampf um das preussische
Wahlrecht.
Von Paul Hirsch.

Nichts wäre verhängnisvoller, als zu glauben, daß mit
der Osterbotschaft und dem Erlaß vom 11. Juli der Erfolg des
preussischen Dreiklassenwahlrechts durch ein allgemeines,
gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht bereits voll-
zogene Tatsache wäre. Im Gegenteil. Wer auch nur
eingermessen in der parlamentarischen Geschichte Preußens
kennt, der wird sich angesichts der Zusammensetzung des Ab-
geordnetenhauses nicht der Erwartung hingeben können,
daß es ohne schwere Kämpfe abgeben wird.

Eine Partei, die sich noch bis in die letzte Zeit hinein
jeder, auch der geringsten Aenderung des Dreiklassenwahl-
rechts abgenelgt gezeigt hat, eine Partei, deren Führer unter
dem jubelnden Beifall seiner Freunde noch vor kurzem der Re-
gierung Unverantwortlichkeit vorwarf, weil sie es
gewagt hatte, in der Thronrede auch nur in der denkbar be-
scheidendsten Form eine Aenderung des Wahlrechts für die Zeit
nach dem Kriege in Aussicht zu stellen, eine Partei, deren
Führer vor kaum Jahresfrist die Gestalt der preussischen
Volksvertretung eine den Bedürfnissen des Landes fast ideal
entsprechende genannt hat, eine solche Partei wird mit der
äußersten Energie ihre Stellung zu behaupten suchen, sie wird
alles aufbieten, den Untergang des alten Preußens aufzu-
halten, und sie wird, wenn es sein muß, auch vor dem Kon-
flikt mit der Krone nicht zurückschrecken.

Erleichtert wird den Konservativen ihr Vorgehen dadurch,
daß im Grunde genommen auch nicht ein einziges
Mitglied des preussischen Staatsministe-
riums im Innersten seines Herzens die
Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf
Preußen wünscht. Gewiß, als gehorsame Diener
werden die Minister dem Willen ihres königlichen Herrn Folge
leisten, sie werden die Wahlrechtsvorlage einbringen und ver-
treten, aber es ist doch ein gewaltiger Unterschied, ob jemand
mit dem Herzen bei der Sache ist oder ob er nur einem
äußeren Zwang gehorchend sich zum Vollstrecker des Willens
eines anderen macht. Speziell Herr v. Loebell, der Minister
des Innern, der während des Krieges wiederholt gewisse frei-
heitliche Anschauungen geäußert und der sich auch bemüht hat,
mit einigen besonders unangenehmen Verwaltungspraktiken
zu brechen, hat doch darüber nicht den geringsten Zweifel
gelassen, daß er für seine Person von einer Wahlrechtsreform
nichts wissen will. Noch einige Monate vor Ausbruch des
Krieges hat er dankbar auf den Titel eines Ministers für
Wahlreform verzichtet, und auch während des Krieges ist er
ängstlich jedem Bekenntnis zu den Zielen der geplanten
Reform ausgewichen. Jetzt ist sein Abschiedsgesuch einge-
reicht, aber noch nicht genehmigt.

Auf der einen Seite ein Kampf der preussischen Junker,
um die Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft, auf der
anderen Seite ein nur laues Eintreten für das allgemeine
gleiche, direkte und geheime Wahlrecht seitens der Regierung!
Das wird voraussichtlich das Reich den Feinden sein, unter dem die
Wahlrechtsdebatten im preussischen Landtage stehen werden.
Wenn nicht in allernächster Zeit die unbedingt not-
wendigen Aenderungen in der Zusammensetzung des
Staatsministeriums vor sich gehen, wenn nicht die Minister,
die im Grunde ihres Herzens Gegner der Uebertragung des
Reichstagswahlrechts auf Preußen sind, durch unbedingt zu-
berlässige Anhänger ihrer Forderung ersetzt werden, dann
können wir in Preußen wieder das erbauliche Schauspiel er-
leben, daß die Regierung sich die Führung aus den Händen
nehmen läßt und Schritt für Schritt zurückweicht vor den
offenen und versteckten Wahlrechtsfeinden, die nun einmal
die Mehrheit in der sogenannten Volksvertretung Preußens
bilden.

Mit einer rein formalen Einlösung des kaiserlichen Ver-
sprechens kann und wird sich das preussische Volk nicht be-
gnügen, und wenn wir jetzt schon sehen, wie man die Volkshoheit
zu deuten bemüht ist, wie man mit talmudistischer Spitz-
findigkeit herausgerechnet hat, daß mit einem gleichen Wahl-
recht Zustimmen für Alter und Kinderzahl durchaus ver-
einbar sind, daß gleiches Wahlrecht und Mehrstimmenwahl-
recht sich keineswegs ausschließen, wenn wir sehen, wie man
die Möglichkeit erwägt, auf Grund eines Genius einen Teil
der in wahlfähigem Alter stehenden Bevölkerung vom Wahl-
recht auszuschließen, so hat man einen kleinen Vorgeschmack
von dem was kommt. Das Volk hat ein Recht zu fordern, daß

die preussische Regierung die Wahlrechtsvorlage nicht nur einbringt, und zwar unmittelbar nach Wiederzusammentritt des Landtages, sondern daß sie auch alles daran setzt, die Worte der Osterbotschaft und des Erlasses vom 11. Juli zur Tat werden zu lassen. Tut sie es nicht, so ist es um ihr Ansehen geschehen, ganz so wie bei der dadurch bedingten Schmälerung des Ansehens der Krone. Die Taktik des schrittweisen Zurückweichens vor den Wünschen der Konservativen, wie die Regierung sie bei der Wahlrechtsvorlage von 1910 eingeschlagen hat, oder gar die Taktik des völligen Aufgebens ihres eigenen Willens gegenüber dem Willen des preussischen Kleinadels, wie wir es bei der Kanalvorlage erlebt haben, diese Taktik würde unter den heutigen Verhältnissen ein höchst gefährliches Spiel mit dem Feuer bedeuten. Zu der Erkenntnis sollte sich endlich auch die preussische Regierung aufgerafft haben.

Die Regierung muß fest entschlossen sein, den Kampf mit den reaktionären Mächten in Preußen anzuführen, sie darf ihnen auch nicht um Haarsbreite nachgeben und sie muß auch wissen, was sie zu tun hat, wenn sie in dem Kampfe zunächst eine parlamentarische Niederlage erreicht, das heißt wenn der Landtag ihre Vorlage ablehnen oder in entscheidenden Punkten abschwächen sollte. Jede Nachgiebigkeit, jede Schwäche wäre ein nicht wieder auszumachender Fehler. Sollte der Landtag sich nicht unbedingt auf den Boden des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts stellen — nicht weil der kaiserliche Erlaß dies wünscht, sondern weil es sich um ein selbstverständliches Recht des Volkes handelt —, dann bleiben einer sich ihres Zieles bewußten Regierung nur zwei Möglichkeiten: entweder sie schlägt den Weg über den Reichstag ein und schafft durch Reichsgesetz für jeden Bundesstaat eine aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgehende Volksvertretung, oder aber sie hebt die Verordnung vom 30. Mai 1849 auf und mache auf diese Weise zugleich das Unrecht der damaligen Regierung gut.

Wenn man hierin eine Aufforderung zum Staatsstreich erblicken sollte — im Landtag ist mir das im Jahre 1908 von konservativer Seite einmal entgegengehalten worden, so kann uns ein solcher Einwand völlig kühl lassen. Wer erträgt es, wenn sich die Graeden über Aufrühr beklagen? Haben die, die den Staatsstreich von 1849 verherrlichen, haben die, die ihre Machtstellung einzig und allein einem Gewaltakt einer reaktionären Regierung verdanken, ein Recht, dem einen Vorwurf zu machen, der nichts weiter als die Wiederherstellung des früheren Zustandes verlangt?

Die konstituierende Nationalversammlung vom Jahre 1848 war aus allgemeinen, gleichen und geheimen, wenn auch indirekten Wahlen hervorgegangen. Die Regierung von 1849 hat dieses Wahlrecht auf Grund des sogenannten Notstandsartikels, der ihr das Recht zusprach, in Abwesenheit der Kamern Gesetze zu erlassen, kurzerhand aufgehoben, nachdem sie zunächst die auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts gewählten Abgeordneten nach Hause geschickt hatte, und keine spätere Regierung hat bisher den Gewaltakt vom 30. Mai 1849 wieder gut gemacht. Die heutige Regierung hat es in der Hand, wenn kein anderes Mittel zum Ziel führt, diesen Schritt zu tun. Ob es dahin kommen soll, oder ob sich auf anderem Wege ein freies Wahlrecht für Preußen schaffen läßt, darüber hat zunächst die Mehrheit des Dreiklassenparlamentes zu entscheiden. Hoffen wir, daß sie politisch klug genug ist, sich nicht mit Gewalt einer Entwicklung zu widersetzen, der Einhalt zu gebieten auf die Dauer unmöglich ist, selbst dann, wenn die Regierung es an dem erforderlichen Mut und an der nötigen Entschlossenheit fehlen lassen sollte.

## Oesterreich will Brücke sein.

Deutschland will über die Brücke gehen.

Der Berliner Vertreter des Wiener „Freundenblatts“ läßt sich, wie die „Köln. Ztg.“ meldet, aus Anlaß einer Polemik der „Deutschen Tageszeitung“, die die Einleitung von Friedensverhandlungen durch Vermittlung Oesterreich-Ungarns zwischen Deutschland und England scharf ablehnt, an maßgebender Stelle befähigen, daß Berlin mit dem Wege über Oesterreich-Ungarn zu Deutschland nicht nur zufrieden, sondern darüber erfreut wäre.

## Stockholm.

### Die Teilnahme der Engländer und Franzosen.

Paris, 31. Juli. (Mitteilung der Agence Havas.) Der Austausch, der den Tag und die Tagesordnung der Stockholmer Konferenz festzulegen hat, hat gestern zwei Sitzungen abgehalten und abends der Vollversammlung der russischen, englischen und französischen Sozialisten eine Entschließung unterbreitet. Es kam zu einer langen Erörterung. Die englischen Vertreter protestieren gegen die Forderung der Vertreter des russischen Arbeiter- und Soldatenrates, daß die in den Konferenzen getroffenen Entscheidungen obligatorischen Charakter haben sollten. Die englischen Vertreter verlangten, daß sie nicht den Charakter eines Zwanges haben dürften, sobald sie nicht einstimmig gefaßt worden seien. Schließlich wurde der von Renaudel ausgearbeitete Text angenommen.

Zu der vom russischen Arbeiter- und Soldatenrat vorgeschlagenen Tagesordnung, nämlich erstens Der Weltkrieg und die Internationale, zweitens Das Friedensprogramm und die Internationale, drittens Mittel und Wege, um das Programm zu verwirklichen und den Krieg schnell zu beenden, erläuterten Albert Thomas und Renaudel mit Nachdruck, daß die Probleme der Verantwortlichkeit auf der internationalen Konferenz aufgeworfen werden sollten. Goldenberg antwortete, der erste Paragraph der Tagesordnung „Weltkrieg und Internationale“ gefaßt in ausreichendem Maße die Stellung eines solchen Problems. Die Frage wurde als durch die Erklärungen gelöst betrachtet.

## Die südslawische Frage.

### Ein Memorandum der böhmischen Sozialdemokratie.

Das holländisch-skandinavische Komitee in Stockholm veröffentlicht eine Erklärung der Abordnung der sozialdemokratischen Partei Böhmens und der Herzegowina, in der es heißt:

Wenn die Sozialdemokratie aus verschiedenen Ursachen den Weltkrieg zu verhindern nicht imstande war, ist jetzt die Zeit gekommen, das Ende des Krieges, wenn auch spät, aber doch nicht zu spät, mit gemeinsamer Kraft vorzubereiten. Um dieses große Ziel zu erreichen, betrachten wir folgende Vorbedingungen als notwendig: Die Delegierten der einzelnen Parteien müssen unbedingt den jetzigen oder zukünftigen Kriegserfolg ihrer Staaten nicht in

Rechnung ziehen. Ebenso dürfen sie ihre Rechnung nicht auf die jetzigen oder zukünftigen finanziellen oder wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Staaten stellen. Als Grundlage für die Verhandlungen über die internationale Lage müssen die Delegierten unbedingt die Völker (Nationen) betrachten und nicht die Staaten. Dann heißt es zu dem Punkte Selbstbestimmungsrecht der Völker: Selbstverständlich ist die Errichtung eines unabhängigen südslawischen Staates der Wunsch unseres Volkes. Kann dieser Wunsch nicht verwirklicht werden, so fordert unser Volk mindestens eine breite Autonomie für die geeinigten Südslawen Oesterreich-Ungarns.

Um den kleinen und wirtschaftlich unentwickelten Staaten die Entwicklung und wahre Selbstständigkeit zu ermöglichen, wird vorgeschlagen: Föderation aller benachbarten Staaten, die nebeneinander leben und die keine Möglichkeit haben, sich allein zu entwickeln. Für Südslawen ist in dieser Richtung das minimale Ziel die föderative Balkanrepublik, basierend auf ökonomischem, finanziellem, diplomatischem und militärischem Zusammenschluß.

## Die schweizerische Delegation für Stockholm.

Die verschiedenen Vertreter der Schweizerischen Partei: Vogel, Grimm, Matten und andere, die sich bisher an den Stockholmer Konferenzen beteiligt hatten, haben kein offizielles Parteimandat gehabt. Zur offiziellen Vertretung sind nunmehr vom Parteivorstand Nationalrat Greulich und die Vertreterin der Arbeiterinnenvereine Frau Bloch gewählt worden.

Die benährte Arbeitskraft des alten Greulich, der keine Scheu vor der Übernahme einer Verantwortung kennt, wird also von der Parteileitung doch gerne für schwierige Aufgaben herangezogen, trotzdem es den tonangebenden Kreisen der Partei in den letzten Jahren beliebt, den Standpunkt des alten Greulich als den überwundenen hinzustellen. Greulich stand bekanntlich der Zimmerwaldkonferenz sehr fremd gegenüber und auch in der die Partei tiefaufwühlende Militärfrage erklärtenmäßig durchaus nicht auf dem Standpunkt der Parteileitung.

## Die Lage in Rußland.

### Die Gefahr der Gegenrevolution — Salkthow als Vizeminister des Innern — Finnland — Die Militärdiktatur — Die Einberufung der Konstituante.

Wie wir dem Stockholmer „Sowjät-Vulletin“ entnehmen, schreibt die „Rabotskaja Gazeta“, das Menschewiki-Organ, über die Gefahr der Gegenrevolution:

„Eine Konterrevolution in Rußland wäre die größte Gefahr für den Kampf für den allgemeinen Frieden. Darum dient der Kampf mit der erstarkenden Konterrevolution auch der Sache des Kampfes für den Frieden. Das müssen die russischen Arbeiter verstehen. Sie dürfen ihre Kräfte nicht zerbröckeln, sie sollen sie nicht in Bürgerkriege vergeuden, der den Weg für die Militärdiktatur freimacht, um später die Monarchie wieder herzustellen. Aber das müssen auch unsere ausländischen Genossen verstehen. Die größten Gefahren für die russische Revolution kommen von der Verschleppung des Krieges und der wirtschaftlichen Verwirrung. Der baldige Abschluß eines demokratischen Friedens ist für die russische Revolution eine Frage von Leben und Tod. Unsere ausländischen Genossen müssen uns hören! Sie müssen sich beeilen, unserer Revolution zu helfen, die doch die Hoffnung aller Völker ist. Sie müssen erkennen, daß die Niederlage unserer Revolution eine Niederlage des internationalen Proletariats sein würde. Wissen, daß, wenn die russische Konterrevolution triumphiert, die einzige Fackel angezündet wird, die grell durch den blutigen Nebel leuchtet, der all die Totenfelder von ganz Europa bedeckt. Das russische Proletariat hat seine Pflicht erfüllt und ist auf der ganzen Front der nahenden Gefahr der Konterrevolution entgegengetreten. Proletarier aller Länder, erfüllt eure Pflicht!“

Wozu wir uns nur die Frage erlauben müssen, ob es ein Schlag gegen die Konterrevolution war, jene traurige Offensive anzufangen, die nun ins fürchtbarste Gegenteil umgeschlagen ist.

Den Posten des russischen Vizeministers des Innern hat das Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion der zweiten Reichsduma S. Salkthow übernommen. Zu dieser bemerkenswerten Berufung teilt das Stockholmer Vulletin mit, was das offizielle Organ des Arbeiter- und Soldatenrates, die „Istwestija“ „Sovieta Rabotschich i Soldatschich Deputatow“ schreibt:

Auf dem allrussischen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte ist darauf hingewiesen worden, daß im Ministerium des Innern am meisten die alten Traditionen im Gebrauch geblieben sind. Nur das Ministerium der Volksaufklärung kann in dieser Hinsicht mit dem Ministerium des Innern konkurrieren oder es sogar schlagen. Was die ganze Arbeit des Ministeriums des Innern verdirbt, ist der Geist der Bevormundung und des bürokratischen Formalismus, der, wie es scheint, fest in dem Beamtenpersonal, zumal des Ministeriums, sitzt. Das Personal kann man nicht so leicht wechseln, besonders in der Zeit, wo so viel kostbare Kräfte von der Armee aufgesaugt werden. Wie der Allrussische Kongreß betont hat, war hier ein schneller und entschiedener Eingriff nötig. Man muß in kürzester Zeit ein zweckdienliches Personal schaffen und es auch dazu bringen, daß es die nötigen Funktionen ausübt.

Daraus ergibt sich klar der Sinn des Eintritts Salkthows in das Ministerium des Innern als dessen Vizeminister. Er muß große Arbeit leisten; seine Vergangenheit bürgt dafür, daß er sie ehrlich vollenden wird.

Den Ereignissen in Finnland widmet „Rabotskaja Gazeta“ folgende Kritik: Wir können das Vorgehen des finnischen Landtages nicht als richtig anerkennen. Aber wir wollen nicht Fehler durch Fehler beantworten. Tatsächlich geht der finnische Landtag nicht über den Bereich der breiten Autonomie hinaus, die Finnland zu gewähren der Kongreß der revolutionären Demokratie, der Allrussische Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte, für notwendig erachtet hat. Darum wollen wir die Mittel, durch die jetzt Finnland seine Rechte verwirklichen will, unerörtert lassen. Seine Rechte sind unbestreitbar.

Der Landtag rechnet mit der Kriegslage, in der wir uns befinden, und erstrebt nicht eine Erweiterung seiner Rechte in Bezug auf auswärtige Politik und Kriegsangelegenheiten an. Die provisorische Regierung hat darum keinen Grund, einen Streit mit dem finnischen Volk anzufangen und sich der Verwirklichung seiner Wünsche zu widersetzen. Gewiß, die neue Form der Verbindung zwischen Finnland und Rußland, die jetzt durch bloße Anzeige des Landtags an die Regierung eingeführt wird, kann nicht als definitiv angesehen werden, solange sie nicht die Genehmigung der konstituierenden Versammlung erlangt, aber als vorläufige Form der Beziehungen ist sie im großen ganzen annehmbar.

Zur „Militärdiktatur“ in Rußland äußert der Kristianier „Sozialdemokrat“ in einem Leitartikel vom 26. Juli: Zwar wurde die Militärdiktatur in Rußland sicher von vielen dort wie anderswo mit großer Befriedigung begrüßt; es sei aber eine große Frage, ob es Kerenski gelingen werde, mit Eisen und Blut die Ruhe und Disziplin wieder herzustellen und damit die Revolution zu retten. Im Gegenteil deutet vielerlei darauf hin, daß diese „gute Absicht“ nicht erreicht werden würde. Denn eine Eisen- und

Militärdiktatur sei hierfür nicht das richtige Mittel. Vielmehr sei zu befürchten, daß dadurch die von den Maximalisten angestrebte Gegenrevolution geradezu provoziert werde, oder aber, daß die reaktionären Mächte dadurch Wind in die Segel bekämen und schließlich alles Gute, das bisher erreicht sei, vernichten würden. Deshalb verfolgten die Sozialdemokraten der ganzen Welt die jetzigen Ereignisse in Rußland mit größter Bekümmern. Nur ein rascher allgemeiner Friede könnte jetzt die russische Revolution davor retten, in neuer unfreier Autokratie zu enden. Hoffentlich komme dieser Friede bald, und hoffentlich würde die Sozialdemokratie der ganzen Welt sich vereinigen, um diesen Frieden herbeizuführen.

Wie der Stockholmer Gewährsmann der „Vossischen Zeitung“ aus sicherer Petersburger Quelle wissen will, soll bei der vorläufigen Regierung die Absicht bestehen, die auf den 18. Oktober anberaumte Eröffnung der konstituierenden Versammlung zu verschieben. Damit diese Verschiebung zusammenhängt, weiß die Mitteilung nicht zu sagen. Sehr glaubhaft erscheint sie uns nicht. Die vorläufige Regierung hat allen Anlaß, sich zu hüten, Del ins Feuer zu gießen. So aber müßte eine solche Verschiebung wirken, da alle großen Entscheidungen, die Rußlands Zukunft betreffen, der Konstituante zugehoben worden sind. Sie noch weiter hinauszögern, bedeutet neue Zumutungen an die Geduld des ausgewählten russischen Volkes.

## Der Vormarsch am Zbrucz, Dnjeestr und Pruth.

Berlin, 31. Juli. (W. T. A.) Nach dem katastrophalen Zusammenbruch der ostgalizischen Front zogen die Russen in den letzten Tagen alles daran, die Höhenstellungen östlich des Grenzflusses Zbrucz zu halten und von dem Städtchen Skala am Zbrucz einen Ringel in südwestlicher Richtung bis in die Gegend von Kirlibada zu ziehen, um ein weiteres Abdröckeln der Korpathenfront zu verhindern. Jetzt ist dieser Widerstand, der eine Zeit lang den Vormarsch der Verbündeten zu verzögern schien, in der Hauptsache gebrochen. Deutsche und österreichisch-ungarische Korps haben den Zbrucz in breiter Front überschritten und rücken nach Osten vor. In dem Flußwinkel zwischen Zbrucz und Dnjeestr haben Osmanen die Russen gemorfen. Was hier noch an russischen Kräften steht, muß eiligst den Uebergang über einen der beiden Flüsse suchen, um nicht in dem sich berengenden Winkel zwischen Zbrucz und Dnjeestr abgeschnitten zu werden.

Zwischen Dnjeestr und Pruth suchten die Russen sich noch zu halten, um den Abzug aus der Stadt Czernowiz zu bedenken. Trotz der von ihnen hier rücksichtslos eingesetzten Waffen mußten sie jedoch die Orte Kerenczanka und Sniatyn aufgeben. Sie wurden in die Linie Gernakowka-Filipowce zurückgedrängt.

Der russische Widerstand nördlich des Pruth ist aber auch durch den Zusammenbruch der Czernowiz-Linie gefährdet. Hier erreichen die verbündeten Truppen die Linie Lufawo-Gartoria. Das breite Flußtal mit den steilen Höhen auf seinem Ostufer und den dichten Wäldern dahinter bot den Russen eine ideale Verteidigungsfront. Sie setzten alles daran, diese starke Flußlinie zu halten, denn östlich der Czernowiz-Höhen fließen alle Flußläufe nach Südosten und öffnen in ihren Tälern den nachdrängenden Verbündeten breite Wege. Hierdurch wird die südöstliche Flanke von Czernowiz immer stärker bedroht, um so mehr als auch weiter südlich in den Karpathen der Vormarsch unaufhaltsam weiter geht. Im Sereth, Suczawa- und Moldowa-Tale sind die Kolonnen der Verbündeten im Vorschreiten, obwohl in den engen Tälern zwischen den steilen Waldbergen jeder Vormarsch bei den wenigen rückwärtigen Verbindungen vor allem für das Vorschaffen der Artillerie sich außerordentlich schwierig gestaltet.

Russischer Seeresbericht vom 30. Juli. Westfront: In der Gegend von Zborow Geschütze. Der Feind beschoß die Stadt. Südlich von Husiatin verdrängte feindliche Infanterie den Fluß Zbrucz zu überschreiten, wurde aber zurückgeschlagen. Am Dnjeestr griff der Feind unseren Brückenkopf bei Zalesch an, aber nach hartnäckigem Kampf wurde er abgewiesen. Südwestlich von Zalesch in der Gegend von Poimatse, Kijelin und Stehoff gelang es dem Feinde nach einer Reihe hartnäckiger Kämpfe unsere Truppen ein wenig zurückzudrängen. In den Karpathen östlich Tomnait und Kapul zogen sich unsere Truppen unter dem Druck des Feindes auf Schipol und Kamerol Moldava zurück. Auf der übrigen Front Gewehrfeuer.

Rumanische Front: Am 28. Juli machte der Feind einige Angriffe in der Gegend nördlich der Straße Rakobenz-Ampolung, die während des Tages abgewiesen wurden, bei Nacht aber drängte der Gegner unsere Truppen auf die Höhen westlich von Zunduni-Moldava zurück. Diese Angriffe wurden in gleicher Weise auf beiden Seiten der Eisenbahn Pojani-Ajomb zurückgeschlagen.

In der Ostsee überflog am 27. Juli ein feindlicher Zeppelin die Insel Alan und warf 20 schwere Bomben auf den Flecken Tornby bei Warichum ab. Der Zeppelin wurde durch unsere Marinegeschütze und Küstenbatterien beschossen.

Bern, 30. Juli. „Temps“ meldet aus Petersburg, die Russen richteten nun hinter dem Zbrucz eine neue Front ein. Der Rückzug der ersten Armee bedeute eine große Gefahr für die siebente und achte Armee, deren Rückzug außerordentlich schwierig sei. Dinstag habe in Erwartung einer großen Schlacht auf dem Südtel der russischen Front elf neue Divisionen herangeführt. Kerenski habe die Umbildung des Generalstabes und des Militärbezirks Petersburg beschlossen. Er wolle tatkräftige junge Offiziere berufen, die sich sowohl an der Front wie durch die demokratische Organisation des Heeres ausgezeichnet haben.

## Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 30. Juli. Neue Unterseebooterfolge im Englischen Kanal und Atlantischen Ozean: 22500 Br.-R.-T.

Unter den versenkten Schiffen befanden sich der durch zwei Fischdampfer gesicherte bewaffnete englische Landdampfer Canahoga (4586 To.), englischer Dampfer Tamele (3924 To.) mit Kohle- und Palmöl von Westafrika nach England, ein tiefgeladener großer Dampfer, anscheinend mit Sprengstoffladung.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine. Haag, 30. Juli. Das Marine-Departement teilt mit: Am 27. Juli wurden in der Nähe von Texel außerhalb der territorialen Gewässer der Dampfer Batavier II und das Rotorischiff Zeemoeum, das von ihm unter deutscher Flagge nach Hamburg geschleppt werden sollte, durch das britische Unterseeboot E 55 beschossen. Nachdem beide Schiffe in die niederländischen Hoheitsgewässer geflüchtet waren, wurden sie von der deutschen Bedienung verlassen. Daraufhin ist nach Beobachtung der militärischen Küstenwache das englische Unterseeboot in das niederländische Hoheitsgebiet gekommen und hat eine Brisenbemannung auf den Batavier II gesetzt, die den Dampfer aus dem holländischen Gebiete herausführte und beabsichtigte, ihn aufzuheben. Als zwei niederländische Torpedoboots ankamen, befanden sich sowohl das Unterseeboot als der Batavier II wieder außerhalb der territorialen Gewässer, aber der Batavier II, der viel Wasser machte, trieb infolge der Ölströmung wieder in die territorialen Gewässer hinein. Das Schiff wurde

daraufhin von der Brisembemannung verlassen. Das Unterseeboot entfernte sich, nachdem eines der Torpedoboote signalisiert hatte, daß die Neutralität geachtet werden müsse. Darauf hat der Kommandant des niederländischen Torpedobootes das Schiff innerhalb der territorialen Gewässer geschleppt. Die Seemeew ist nach Nicuemedie geschleppt. Der Batavier II ist infolge des erlittenen Schadens gesunken und soll von Regierung wegen geborgen werden.

## Neue Kriegszieldebatte im Unterhaus.

### Vorsichtige Erklärung Balfours.

London, 30. Juli. Bryce und Noel Buxton fordern eine deutlichere Erklärung über die Politik der Regierung hinsichtlich der Annexionen.

Balfour erwiderte, er hielt eine ausführliche Erklärung für nicht am Platze. Der allgemeine Grundsatz, der die englische Politik leite, sei durch den früheren und jetzigen Premierminister und den früheren Staatssekretär des Auswärtigen ausgesprochen worden, und über die allgemeinen Grundsätze, die die Minister seit dem August 1914 geleitet hätten, könnten wohl nicht viele Zweifel bestehen. Wie man diese Grundsätze anzuwenden habe, hänge von

#### Umständen verwickelter Natur

ab, von den Vorgängen in den Ländern der Verbündeten und den Maßnahmen der Gegner, von dem Kriegsglück und den Veränderungen in den militärischen und maritimen Verhältnissen der Welt. Wie könne man daher Einzelheiten geben und das Werk der künftigen Friedenskonferenz vorweg nehmen? Jede Erklärung eines verantwortlichen Ministers sei eine Art Bürgschaft über den bis ins einzelne bestimmten Kurs, den die Regierung innehalten müsse, bis die Zeit für einen endgültigen Abschluß läge. Es sei sehr gefährlich, eine solche Erklärung in dieser Weise zu behandeln. Man könne politische Probleme nicht in dieser Weise anfassen. Niemand könne voraussehen, in welchem Zustande die Welt sich befinden werde, wenn diese Probleme zur Entscheidung kommen würden.

Balfour erinnerte daran, daß die Debatte damit begonnen habe, nach welchen Methoden Oesterreich-Ungarn zu behandeln sei, und fuhr dann fort: Wir wünschen, daß die Nationen, aus denen dieser heterogene Staat zusammengesetzt ist, in die Lage kommen, auf eigenen Füßen ihre eigene Zivilisation zu entwickeln und die Wege zu bestimmen, in der ihre Entwicklung stattfinden soll. Das sei das allgemeine Prinzip. Die Zeit sei nicht danach angetan, daß ein Minister des Auswärtigen sich mit Friedenserörterungen beschäftige. Wie jedermann weiß, fuhr Balfour fort, dachten wir, als wir in den Krieg eintraten, hauptsächlich nur an die Notwendigkeit, Belgien zu verteidigen und zu verhindern, daß Frankreich vor unseren Augen zerschmettert würde. Diese beiden Motive führten uns in den Krieg, und wir hatten damals nicht den geringsten Gedanken an die großen Probleme, die der Verlauf des Krieges vor unseren Blicken eröffnet hat. Nur das war klar, daß wir nicht aus selbstfüchtigen Gründen in den Krieg gingen. Wir hören wieder und wieder die Phrasen: „Keine imperialistische Politik, keine Kriegsschädigung!“ Wir sind gewiß nicht für imperialistische Ziele oder um Kriegsschädigung zu bekommen in den Krieg gegangen. Wir taten es und sind dabei geblieben, um Ziele zu erreichen, an deren Selbstlosigkeit niemand, der die öffentliche Meinung Englands kennt, zweifeln wird und deshalb brauchen wir von diesem Gesichtspunkt aus nichts aufzugeben. Wir befinden uns notwendig in einer anderen Lage als viele unserer Verbündeten, keinesfalls deshalb, weil keinem britischen Staatsmann, zu welcher Partei er auch gehören möchte, jemals der Gedanke kommen konnte, in diesen Krieg zu gehen, um die britischen Besitzungen auf dem europäischen Festland zu vermehren. Das gibt uns zu Amerika eine Stellung, die schwerlich eines der anderen kämpfenden Völker für sich in Anspruch nehmen könnte. Es wäre unweise, die Zukunft vorher sagen zu wollen.

Balfour erklärte weiter, Elsass-Lothringen sei gewaltförmig von Frankreich losgerissen worden. Seit 1871 habe auf beiden Seiten der leidenschaftliche Wunsch nach Wiedervereinigung keinen Augenblick aufgehört. Wenn wir nach diesem Kriege die europäische Karte verbessern wollen, so wünschen wir eine Karte von längerer Dauer, als sie ein Kongreß je geschaffen hatte. Denn könnte jemand zweifeln, daß die Rückgabe des Gebietes, das Frankreich vor 40 Jahren gewaltförmig geraubt wurde, eine notwendige Gebietsveränderung sei? Diese Frage gehört zu einer anderen Kategorie als die interessanten, bedeutenden und sogar vitalen Spekulationen über die östlichen Teile des europäischen Festlandes.

Die Lösung dieser Frage scheint mir ganz selbstverständlich und es ist jedenfalls meine persönliche Ueberzeugung, daß, da Frankreich für Elsass-Lothringen kämpft, wir es unterstützen sollen. Frankreich kämpft natürlich nicht für Elsass-Lothringen allein, sondern geradezu um seine Existenz. Aber dieser Kampf, der ihm aufgezwungen ist, schließt dieses andere Problem ein. Ich sage also, daß, wenn wir entschlossen sind zu verhindern, daß Frankreich zerschmettert wird, dies darin eine Ergänzung findet.

Niemand kann zweifeln, daß die heute erörterten Fragen alle Staatsmänner Europas und Amerikas beschäftigen. Es ist der Gedanke, der die ganze zivilisierte Welt so beschäftigt, daß er alle anderen Interessen verdrängt und ich halte es daher für Töricht, daß eine Versammlung wie die unsrige eine Entscheidung über dieses große Problem fällen soll. Man muß seine Hoffnungen und Meinungen über diese höchst wichtigen Fragen mit der nötigen Vorsicht und Zurückhaltung äußern. Wie das Gleichgewicht der Kräfte sein wird, wenn es zu ersten Erörterungen über den Frieden kommt, wird nicht allein von den Spekulationen oder Wünschen einzelner, sondern von den speziellen Wünschen dieser oder jener Nation abhängen.

Von der Regierung zu verlangen, bestimmt festzulegen, was wir fordern werden und müssen, oder was wir wünschen würden, oder was uns gleichgültig sein würde, die Ziele zu klassifizieren und die Anstrengungen bestimmt zu bezeichnen, die wir zur Erreichung jedes einzelnen dieser Ziele aufwenden sollen, heißt, von der Regierung verlangen, einen Weg einzuschlagen, den keine Regierung mit Erfolg einschlagen kann. Wir haben mit viel zu großen und viel zu verwickelten Verhältnissen zu tun, als daß wir das könnten. Dagegen haben wir der Welt klarzumachen, daß wir nicht um des Kampfes willen kämpfen. Wir wünschen den Frieden ebenso ernstlich wie irgendeines der Signatursstaaten, die jetzt unter den Verlusten, den Lasten und den Tragödien des Krieges leiden. Aber dieser Frieden müsse eine solche Regelung der Gemeinwesen Europas bringen, die es den Friedensstörern bedeutend schwerer machen wird, einen Boden zu finden, wo sie ihre bittere verhängnisvolle Saat säen können.

Wie kann nun dieses Ziel erreicht werden? Wie wollen wir mit den großen alten Monarchien wie Oesterreich verfahren? Wie

werden Oesterreich und Deutschland ihre inneren Probleme kann dies in diesem Hause und im gegenwärtigen Stadium des Krieges wirksam erörtern.

#### Ein Wort über die Demokratisierung Deutschlands.

Wir alle hoffen, daß die Autokratie in Deutschland eine freie Regierung verstehen und parlamentarische Institutionen, wie wir parlamentarisch verstehen, Kraft machen wird. Es ist von maßgebender Seite erklärt worden, daß es schwer sei, über einen dauernden Frieden zu verhandeln, wenn man nicht mit einem Gemeinwesen zu tun hat das auf dem Volkswillen beruht und das nicht durch die finsternen Pläne einer Welt Herrschaft forumpiert ist. Aber das bedeutet nicht, daß jemand so töricht sei, anzunehmen, daß man Deutschland von außen her eine Verfassung auferlegen könne. Deutschland muß sein Heil selbst suchen. Die Nationen müssen ihre Freiheitspläne selbst suchen gemäß ihren eigenen Ideen, ihrer Geschichte, ihrem Charakter und ihren Hoffnungen für die Zukunft. Aber wenn es wahr ist, daß die große Macht des deutschen Imperialismus auf dem Glauben beruht, daß Deutschland nur unter dem imperialistischen System groß, mächtig und reich sein kann, dann können leicht, wenn die Erfahrung lehrt, daß das imperialistische System nicht nur zu einer Zeit zum Triumph führen kann, sondern zu einer anderen, unvermeidlich zu einem ebenso großen Unheil führen muß, die Ideen, die im Jahre 1848 einen so mächtigen Ausdruck gefunden haben, und die alle deutschen Denker länger als eine Generation bis zur Herrschaft Bismarcks besetzt haben, mit neuem Glanz und neuer Kraft wieder aufleben, und dann wird Deutschland mit seiner ganzen Macht der Organisation und seiner ganzen ererbten Bildung an der Seite der Nationen stehen, die vor dem Kriege sich kaum vorstellen konnten, wie ein Weltkrieg dieser Art abhichtlich provoziert werden konnte, um konzeptionelle und politische Interessen eines Staatswesens zu fördern. Wenn Deutschland in dieser Hinsicht das Niveau der Vereinigten Staaten und Großbritanniens erreicht hat, so darf man hoffen, daß jedenfalls einer der großen Friedensstörer der europäischen Geschichte ausgeschaltet ist. Ich weiß nicht, wer es wagen will, zu sagen, daß, wenn man auf die innere Lage Deutschlands blickt, soweit das augenblicklich möglich ist, die Ideen, von denen ich gesprochen habe, sich tatsächlich in der Weise abspielen werden, daß sie zu der Hoffnung berechtigen, daß wir es selbst erleben werden. Ich bin sicher, daß, wenn es nicht dazu kommt, es auch keine Sicherheit für Europa geben wird. Ich glaube nicht, daß der europäische Friede gesichert werden kann, ehe Deutschland nicht los oder frei gemacht ist.

Nichts ist mir deutlicher, daß, wenn wir jene Politik ausführen wollen, unsere unmittelbare Pflicht ist, nicht zu erörtern, welche Friedensbedingungen wir im einzelnen wünschen werden, wenn der Krieg zu Ende ist, sondern den Kampf mit aller verfügbaren Energie fortzusetzen. Wenn dieser Krieg mit einem deutschen Frieden endet, so wird der deutsche Frieden mit dem Vorzeichen zu einem neuen Kriege sein. Wenn der Krieg nicht mit einem deutschen Frieden endet, sondern mit einem Frieden, der sich dem Gewissen Amerikas und Großbritanniens empfiehlt, so würde es ein Frieden sein, der schließlich wahrscheinlich Deutschland ebenso zum Segen gereichen wird wie der übrigen Welt. Aber jedenfalls würde es ein Frieden sein, der nicht nur für die Lebenszeit derjenigen Generation vorhält, die diesen furchtbaren Krieg begonnen hat, sondern der dauernd wirkt, bis wir das Stadium einer internationalen Entwicklung erreicht haben, die eine Wiederholung dieser Schrecken für unsere Kinder undenkbar macht.

Nachdem Balfour seine Rede beendet hatte, fragte der Liberale Holt, ob die Regierung im Einvernehmen mit den Alliierten nicht durch die in Betracht kommenden diplomatischen Kanäle an Deutschland in aller Form die Frage stellen könnte, ob es bereit sei, Belgien, Frankreich und die anderen besetzten Länder zu räumen und zu entschädigen. Bonsonby sagte: Balfour habe, anstatt sich auf Allgemeinheiten zu beschränken, großen und ungebürlichen Nachdruck auf die elsass-lothringische Frage gelegt. Balfour antwortete: Er habe nicht eine wohlüberlegte Erklärung darüber abgegeben, was für Maßnahmen bezüglich Europas getroffen werden würden und seine Rede dürfe nicht in diesem Sinne aufgefaßt werden. Balfour sagte: Ich habe lediglich im Laufe der Debatte auf frühere Reden geantwortet. Bonsonby darf nicht sagen, daß ich auf irgendeinen besonderen Gegenstand ungebührlichen Nachdruck gelegt habe. Die Rede war nicht als Ueberblick über die ganze Lage gedacht.

## „Der Krieg geht weiter, er bleibt uns aufgezwungen.“

### Kaiser-Erlasse.

Berlin, 31. Juli. Aus dem Felde richtet der Kaiser unter dem Datum des 1. August an das deutsche Heer, die Marine und die Schutztruppen folgende Kundgebung: Das dritte Kriegsjahr ist zu Ende, die Zahl unserer Gegner ist gestiegen, nicht aber ihre Aussicht auf den Enderfolg. Rumänien hat Ihr im Vorjahre niedergeworfen. Das russische Reich erbebt jetzt von neuem unter Eueren Schlägen. Beide Staaten haben ihre Haut für fremde Interessen zu Markte getragen und sind am Verbluten. In Mazedonien habt Ihr den feindlichen Anführern machtvoll getrotzt. In gewaltigen Schlachten im Westen seid Ihr die Herren der Lage geblieben. Jetzt stehen Euerer Linien, die die teure Heimat vor den Schrecken und den Verwüstungen des Krieges bewahren. Auch meine Marine hat große Erfolge errungen; sie hat den Feinden die Herrschaft zur See freitilg gemacht und bedroht ihren Lebensnerv. Fern der Heimat hält eine kleine deutsche Truppe deutsches Kolonialland gegen vielfache Uebermacht. Auf Euerer und unserer treuen Bundesgenossen Seite werden auch im nächsten Kriegsjahr die Erfolge sein. Unser wird der Endsieg bleiben. Bewegten Herzens danke Ich Euch in meinem und des Vaterlandes Namen für das, was Ihr auch in dem letzten Kriegsjahr geleistet habt. In Eifer und Gedankensinn dabei der tapferen Gefallenen und Verstorbenen, die für des Vaterlandes Größe und Sicherheit dahingegangen sind. Der Krieg geht weiter, er bleibt uns aufgezwungen. Wir kämpfen für unser Dasein und unsere Zukunft mit kühnster Entschlossenheit und nie nachlassendem Mut. Mit wachsender Aufgabe wächst unsere Kraft. Wir sind nicht zu besiegen; wir wollen siegen! Gott der Herr wird mit uns sein.

Ferner hat der Kaiser „an das deutsche Volk“ folgende Worte gerichtet: Drei Jahre hat den Kampf liegen hinter uns. Mit Leid denken wir unsere Toten, mit Stolz unserer Kämpfer, mit Freude aller Schaffenden, schweren Herzens derer, die in Gefangenschaft schmachten. Ueber allen Gedanken aber steht der feste Wille, daß dieser Kampf gerechter Verteidigung zu gutem Ende geführt wird. Unsere Feinde strecken die Hand nach deutschem Lande aus. Sie werden es niemals erlangen. Sie treiben immer neue Völker in den Krieg gegen uns. Das schadet uns nicht. Wir kennen unsere Kraft und sind entschlossen, sie zu gebrauchen. Sie wollen uns schwach und machtlos zu ihren Füßen sehen, aber sie zwingen uns nicht. Unsere Friedensworten sind sie mit Hohn begegnet. So

haben sie wieder erfahren, wie Deutschland zu schlagen uns zu siegen weiß. Sie verleumdete überall in der Welt den deutschen Namen. Aber sie können den Ruhm der deutschen Taten nicht verlitzen.

So stehen wir unerschüttert, sieghaft und furchtlos am Ausgang dieses Jahres. Schwere Prüfungen können uns noch beschieden sein. Mit Ernst und Zuversicht gehen wir ihnen entgegen. In drei Jahren gewaltigen Vollbringens ist das deutsche Volk fest geworden gegen alles, was Feindesmacht erfinden kann. Wollen die Feinde die Leiden des Krieges verlängern, so werden sie auf ihnen schwerer liegen als auf uns.

Was draußen die Front vollbringt, die Heimat dankt dafür durch unermüdete Arbeit. Noch gilt es, weiter zu kämpfen und Waffen zu schmieden. Aber unser Volk sei gewiß: Nicht für den Schatten hohlen Ehrgeizes wird deutsches Blut und deutscher Fleiß eingeseht, nicht für Pläne der Eraberung und Anechtung, sondern für ein starkes und freies Reich, in dem unsere Kinder sicher wohnen sollen. Diejem Kampfe sei all unser Handeln und Sinnen geweiht. Das sei das Gelübnis dieses Tages!

Eine dritte Kundgebung des Kaisers ist an den Kommandeur der Schutztruppen für Deutsch-Ostafrika, Oberst von Lettow-Vorbeck gerichtet, dessen ausharrende Leistungen mit Dankworten anerkannt werden.

## Die Enthüllungen des Reichskanzlers.

### Savas schämt sich.

Die Erklärungen des Reichskanzlers Dr. Michaelis werden von Savas — dem französischen B. L. V. — folgendermaßen zusammengefaßt:

In Nachahmung des Grafen Czernin hat Dr. Michaelis zahlreiche deutsche Journalisten empfangen, unter dem Vorwand, auf die Rede Lloyd Georges zu antworten. In Wirklichkeit hat sich Dr. Michaelis darauf beschränkt, seinen Hörern aus oblichen Enthüllungen über die Geheimtätigkeit der französischen Kammer am 1. und 2. Juni zu machen.

Das ist alles! Nichts als ein neuer Beweis dafür, wie Zensur und offiziöse Berichterstattung arbeiten.

## Loebell geht!

### Wolffs Bureau meldet:

Gegenüber verschiedenen Pressemeldungen, daß der Minister des Innern sich entschlossen habe, im Amte zu bleiben, sind wir in der Lage festzustellen, daß Herr v. Loebell am 11. Juli sein Abschiedsgesuch eingereicht und daselbe nicht zurückgezogen hat.

## Letzte Nachrichten.

### Die Resolution der Pariser Sozialistenkonferenz.

Paris, 31. Juli. (Meldung der Agence Havas.) Gegen Ende der Sozialistenkonferenz wurde bekanntgegeben: Die folgenden Entschlüsse sind von dem dauernden Verwaltungsausschuß und den russischen und englischen Vertretern zur internationalen Konferenz angenommen:

Die gegenwärtige Konferenz spricht ihre herzliche Zustimmung zu der von dem holländisch-standinadischen Ausschuh unterstützten Anregung des russischen Arbeiter- und Soldatenrates aus, die zu der gemeinsamen Aufforderung der beiden Organisationen zur Zusammenberufung des Proletariats aller Völker zu einer internationalen sozialistischen Arbeiterkonferenz geführt hat. Das aus der russischen Vertretung und dem holländisch-standinadischen Ausschuh mit technischer Unterstützung des Sekretariats des Internationalen Sozialistischen Bureaus zusammengesetzte Organisationsbureau ist allein mit dem Verleher mit den nationalen Sektionen hinsichtlich der Konferenz beauftragt.

Alle angeschlossenen Verbände der Internationale werden aufgefordert, an dieser Konferenz teilzunehmen. Falls sich diese Verbände seit Kriegsausbruch geteilt haben, sollen sowohl die Minderheiten wie die Mehrheiten aufgefordert werden. Ueberall, wo die Minderheiten sich in genau unterschiedene Parteien oder syndikalistische Verbände gruppiert haben, die nicht dem Internationalen Sozialistischen Bureau angeschlossen sind, sondern dem Internationalen Syndikalistischen Bureau, sollen sie eingeladen werden, sofern sie nicht schon durch andere, dem Internationalen Sozialistischen Bureau angeschlossene Verbände vertreten werden. Die Einladungen an jede Fraktion der nationalen Sektion sollen von dem unmittelbaren Organisationsbureau an die nationalen Sektionen der Internationale ergehen. Jeder Einspruch gegen die Beschlüsse dieser Sektionen wird vor das von jeder nationalen Sektion der gegenwärtigen Konferenz gewählte Bureau gebracht werden. Jede nationale Sektion wird dabei durch zwei Abgeordnete für Mehrheit und Minderheit vertreten sein. Da das Schicksal des Vorgehens der Internationale von der Aufrichtigkeit abhängt, mit der die getroffenen Entschlüsse befolgt werden, so verpflichten sich die an der Konferenz teilnehmenden internationalen Sektionen, sobald die allgemeinen Entschlüsse formuliert sein werden, feierlich vor der vereinigten Internationale bekanntzugeben, wie sie diese Beschlüsse auszuführen gedenken.

Die gegenwärtige Versammlung erucht die Veranstalter der Konferenz, diese vom 9. bis 16. August in Stockholm stattfinden zu lassen. Falls irgendeine praktische Schwierigkeit vorliegt, so werden die Veranstalter gebeten, die Konferenz um die angegebene Zeit in Kristiania oder anderswo einzuberufen.

Der dauernde Verwaltungsausschuß der russischen und englischen Vertreter hat auf Vorschlag der englischen Vertreter beschlossen, eine Konferenz der Alliierten unter sich abzuhalten. Diese Konferenz ist auf den 28. und 29. August festgesetzt worden. Die Konferenz endete mit der Erklärung Goldbergs, daß der russische Arbeiter- und Soldatenrat beschlossen hatte, die russischen Sozialisten sollen an der Konferenz der alliierten Sozialisten in London nur zur Information teilnehmen.

### Deutsches U-Boot von Spanien interniert.

Madrid, 31. Juli. Savas. Der Ministerpräsident teilt mit, daß ein deutsches Unterseeboot bei Coruna vor Anker gegangen sei. Es sei nach El Ferrol gebracht worden. — Die Regierung werde aus genaueste die jüngsten Anordnungen über die Internierungen von Unterseebooten der Kriegführenden, die in spanische Häfen einkäufen, befolgen.

### Teuerungszulagen für die Reichs- und Staatsbeamten.

Berlin, 31. Juli. (B. L. V.) Zwischen den Finanzverwaltungen des Reichs und Preußens schweben seit einiger Zeit Verhandlungen wegen einer Erhöhung der seit dem 1. April d. J. gezahlten Teuerungszulagen für die Beamten. Die Verhandlungen stehen jetzt dicht vor dem Abschluß. Es darf erwartet werden, daß die Erhöhung noch im laufenden Vierteljahr in Wirksamkeit tritt.

# Bewerkschaftsbewegung Jubiläum im Steinseherverbande.

Am 1. und 2. August 1892 fand in Stettin der 8. Verbandstag des Zentralverbandes der vereinigten Steinsehervereine in Deutschland statt, einer Organisation, deren Aufgabe die Pflege eines geregelten Gelebenswesens, das heißt Kunstwesens war, das im Steinsehergewerbe im vorangehenden Jahrzehnt, besonders aber in Berlin eine förmliche Wiedergeburt gefeiert hatte. Als im Jahre 1882 die Berliner Steinseher-Zunft ihr 150-jähriges Bestehen feierte, war das für die Berliner Steinsehervereine der Anlaß, sich zu den schon vorhandenen Gewerkschaften noch eine neue zuzulegen und zu deren Weite, an der auch die Zunft vollstän dig teilnahm — einen großen festlichen Umzug durch die Straßen Berlins zu veranstalten. In der Eingabe an das Berliner Polizeipräsidium um die Genehmigung zu diesem Festzuge konnte der Altgenosse sich mit Recht darauf berufen, daß die Berliner Steinsehervereine sich „bisher von allen sozialen Bestrebungen ferngehalten“ haben. Der Festzug wurde angeführt von einer einwandfreien Besinnung denn auch genehmigt, was die Veranstalter selbst nicht gehofft hatten und zwar in Rücksicht auf das Sozialistengesetz, das damals ja in voller Schärfe gehandhabt wurde. Nur ganz schüchtern wagten es um diese Zeit einzelne wenige Berliner Steinseher mit gewerkschaftlichen Ansichten hervorzutreten. Anfangs nahm man sie nicht ernst, und später suchte man sie zu überschreien und zu unterdrücken, wobei natürlich das Unternehmertum durch Maßregelungen verständnisvoll Hilfe leistete. Das hat aber nicht zu hindern vermocht, daß im Jahre 1892 die freigewerkschaftliche Strömung doch schon so stark geworden war, daß sie endlich auf dem erwähnten Verbandstage in Stettin sich durchsetzen konnte. So wurde dieser Verbandstag zugleich der erste des heutigen Verbandes der Steinseher, Pfisterer und Berufsangehörigen Deutschlands.

Mit dem Verbandstage waren selbstverständlich die inneren Widerstände noch lange nicht überwunden, wenn sie auch nirgends so stark hervorbraten, wie in Berlin. Nahezu ein ganzes Jahrzehnt dauerte es noch, ehe die Zunfterei auch innerlich als überwunden angesehen werden konnte. Hierzu kam eine beispiellos schlechte Geschäftslage, die dem jungen Verbande die Erfüllung seiner gewerkschaftlichen Aufgaben recht schwer machte. Dann aber ging es mit kleinen Schritten vorwärts und aufwärts. Abgesehen von den Buchdruckern und einzelnen anderen Berufsgruppen war der Verband der Steinseher einer der ersten, der das Tarifwesen auf eine ziemlich hohe Stufe der Entwicklung gebracht hat, so daß man sich vor dem Kriege schon lebhaft mit der Frage des Reichstarifes beschäftigte. Daß sie noch nicht gelöst wurde, liegt lediglich an der Zersplitterung der Unternehmerorganisation. Die Löhne haben in dieser Zeit eine Erhöhung um 100 bis 150 Proz. erfahren, ja in den jüngeren Organisationsgebieten beträgt sie bis zu 200 Proz., da diese bei ihrer Erschließung sprunghaft nachgekommen sind. Auch auf dem Gebiete des sanitären Arbeiterschutzes hat der Verband Vorbildliches geleistet; er hat dafür auf der Weltausstellung in Brüssel die Goldene Medaille erhalten. Das alles konnte der Verband nur leisten, weil er seine Mitglieder zu einem hohen Grade der Opferwilligkeit erzogen hat; er hat mit der höchsten Beiträge von allen Gewerkschaften. So hat der Verband auch auf dem Gebiete des Arbeiterunterrichtens — nicht zum wenigsten in der Kriegszeit — Leistungen aufzuweisen, die sich sehen lassen können. Besonders aber auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes hat der Verband die allerwertvollsten Proben glänzend bestanden. Es hat Zeiten gegeben, in denen mehr als ein Drittel seines gesamten Mitgliederbestandes in Streiks und namentlich in Ausperrungen verwickelt waren, bei denen Unternehmern und Behörden — als Auftragsgeber! — in trauerlicher Harmonie gegen den Verband gekämpft haben; das ging soweit, daß man Unternehmern, die Verbandsmitglieder beschäftigten, öffentliche Arbeiten entzog und ihnen verbot, mit dem Verbande Tarifverträge abzuschließen. Doch alles das hat den Verband an seinem Aufstiege nicht zu hindern vermocht; gemessen an der Zahl der Berufsangehörigen, ist er eine der stärksten Organisationen in Deutschland geworden.

Der Krieg hat in diese Entwicklung mit rauher Hand eingegriffen. Da der Beruf gesunde und kräftige Arbeitskräfte erfordert, so ist naturgemäß die Zahl der zum Kriegsdienste berufenen Mitglieder eine besonders hohe. Die enge Verbindung des Verbandes mit seinen feldgrauen Mitgliedern bürgt aber dafür, daß er nach dem Kriege zwar an Mitgliederzahl geschwächt, sonst aber in alter Stärke und Mächtigkeit sofort wieder erstehen wird.

Gleichzeitig mit dem Verbande kann auch der Vorsitzende des Verbandes, der Genosse Alexander Knoke, an diesem Tage auf eine 25-jährige Tätigkeit, zugleich auch als Redakteur des Fachorgans, zurückblicken.

## Deutsches Reich.

### Zur Lohnbewegung in der Solinger Waffenindustrie.

In einer starbeseuchten Versammlung, die am Sonntag in Solingen tagte, und die für den ganzen Solinger Industriebezirk einberufen war, wurden die letzten Vorarbeiten für die zu erwartende Lohnbewegung erledigt und die notwendigen Beschlüsse gefaßt. Die Versammlung beauftragte die Leitungen der drei beteiligten Organisationen (freie, losafe und christliche), unverzüglich Verhandlungen mit den Fabrikanten einzuleiten. Die Arbeiten der Organisationsleitungen soll ein in der Versammlung gewählter Ausschuss unterstützen, der aus zehn Personen besteht. Diesem Ausschusse gehören zwei Frauen an. Der Ausschuss wird zunächst die Forderungen der Arbeiter zu formulieren haben.

Wahrscheinlich wird bei der Kompliziertheit der Verhältnisse bis zur Feststellung eines neuen Tarifes eine Teuerungszulage gefordert werden. Die Fabrikantenpresse preist die Jugendlöhne der Fabrikanten in anderen Branchen der Stabware-

Industrie als wunder welche Erzeugnisse. Der Redner des Metallarbeiterverbandes stellte in der Versammlung fest, daß diese Jugendlöhne in der Hauptsache nur in den Fabrikationszweigen gemacht worden sind, die während des Krieges so erheblich — zurückgegangen sind, daß sie Arbeiter in nennenswerter Zahl nicht beschäftigen.

## Zuchthausstatistik.

Infolge des Sinkens der Zahl der zu Freiheitsstrafen Verurteilten auf 100 000 Personen der strafmündigen, über 12 Jahre alten Zivilbevölkerung, war in den letzten Jahrzehnten eine bedeutende Abnahme des Zugangs an Gefangenen sowohl in den Zuchthäusern wie in den Gefängnissen eingetreten, und auch das Rechnungsjahr 1914/15 hatte eine nicht unerhebliche Verminderung des Zugangs gebracht. Die Abnahme war am stärksten bei den Verurteilten zu Zuchthausstrafe gewesen. Im zweiten Kriegsjahr hat sich nun diese günstige Entwicklung nicht fortgesetzt, die Zahl der verhängten Zuchthausstrafen vielmehr sich wesentlich erhöht. Es kamen im Rechnungsjahre 1915/16 durch Verurteilung 4944 männliche und 477 weibliche, zusammen 5421 Zuchthausgefangene in Zugang gegen 4297 im Vorjahre 1914/15, so daß sich eine Steigerung des Jahreszuges um 1124 ergibt. Die höheren Zahlen des Berichtsjahres sind fast ausschließlich auf die Zunahme der militärischen Verbrechen und Vergehen zurückzuführen. Denn noch Ausweis der Personalstatistik waren von den in Zugang gekommenen männlichen Zuchthausgefangenen 277 (im Vorjahre nur 91) wegen Desertion und 1131 (im Vorjahre 181) — außerdem 13 weibliche — wegen anderer Militärverbrechen und -vergehen verurteilt. Die Hauptmasse der Zuchthäuser stellen das gewerbs- und gewohnheitsmäßige Verbrechen, die Rückfälligen. Aber ihr Anteil an der Gesamtzahl der Neueingelieferten von Zuchthausgefangenen, der schon seit langem in der Abnahme begriffen ist, hat im Rechnungsjahre 1915/16 doch eine so bedeutende Verminderung erfahren, wie noch in keinem Jahre vorher. Dies erklärt sich dadurch, daß die in der Gesamtzugangsziffer des Berichtsjahres mitenthaltenen zahlreichen militärischen Verbrechen zu meist von bisher unbekanntem begangen worden sind. Es hatten von den neu eingelieferten männlichen Zuchthausgefangenen 64,5 Proz. schon vorher Freiheitsstrafen erlitten gegen 81,5 86,0 und 88,1 Proz. in den drei Vorjahren bis 1912/13 zurück. Auch die Dauer der Strafe, zu der die neu eingelieferten Zuchthausgefangenen zuletzt verurteilt worden sind, hat sich erhöht, bei den Männern sogar erheblich, was im wesentlichen durch die längeren Strafen für die militärischen Verbrechen bedingt ist. 51 (im Vorjahre 14) männliche und 8 weibliche in Zugang gekommene Gefangene sind zu lebenslänglicher, weitere 809 (im Vorjahre nur 88) Männer und 8 Frauen zu über 10-jähriger Zuchthausstrafe verurteilt. Die jüngeren Altersklassen haben bei den Männern einen größeren Anteil am Gesamtzugang von Zuchthäusern als im Vorjahre. Wieder zeigt die Statistik, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung sehr viel weniger an Verbrechen beteiligt ist, als die industrielle; von den im Berichtsjahre neu eingelieferten Zuchthausgefangenen gehörten ersterer 884 (im Vorjahre 516), letzterer dagegen 1840 (im Vorjahre 2577) an; im Handel und Verkehr waren tätig 1021, in häuslichen Diensten und wechselnder Lohnarbeit 845 Verurteilte, weitere 357 gehörten der Armee oder Kriegsmarine an. Der innere Zusammenhang von Alkohol und Verbrechen bedarf keiner weiteren Erwähnung. Gibt man auch zu, daß Trunksucht nicht in allen Fällen Ursache einer verbrecherischen Tat gewesen ist, so zeigt doch ein Blick in die Statistik, daß allein im Berichtsjahre unter den neu eingelieferten Zuchthausgefangenen 611 (im Vorjahre 613) Genesheitsstrafen sich befanden und 919, darunter 911 (im Vorjahre 796) Männer, ihre Straftat in der Trunkenheit begangen haben. — Die wegen politischer Vergehen zu Zuchthausstrafe verurteilten Ausländer sind bei vorstehenden Angaben nicht berücksichtigt.

## Parteinachrichten.

### Spaltung der Unabhängigen?

Die „Internationale Korrespondenz“ berichtet: Die Unabhängigen Sozialdemokraten bestehen bekanntlich aus zwei Gruppen, den Arbeitsgemeinschaftlern um Haase, Stadthagen und Ledebour, und den Internationalisten und Franz Mehring. Die Ganzradikalen haben sich aber den „Unabhängigen“ überhaupt nicht angeschlossen und veröffentlichen jetzt, um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen, in der Bremer „Arbeiterpolitik“ den Aufruf zur Gründung einer neuen sozialdemokratischen Partei. Die Gruppe Internationale habe, so behaupten sie, organisatorisch und politisch vollkommen verfaßt; sie jage pazifistischen Illusionen nach und sei damit tot. Die Trümmer gelte es für die neue „Internationale sozialistische Partei Deutschlands“ zu sammeln. Ein Aktionskomitee ist schon da. Bis Mitte August sollen Programm, Organisationsform und Gründungsarbeit durchberaten sein, dann wird sich, wie es in dem Aufruf heißt, eine Partei erheben, kampffähig und tatkräftig zur Erfüllung der großen Aufgaben, die die Zukunft und die Gegenwart schon von der deutschen Arbeiterklasse heischt.

### „Regierungssozialismus“?

In einem Leitartikel des „Hamburger Echo“ verrät Genosse Dr. Rudolf Schwandt die Sorge, die Sozialdemokratie könnte

durch einen zu starken Druck auf die Regierung der Sache Deutschlands schaden. Er schreibt:

Der Druck auf die Regierung darf mit der gleichen Kraft nicht anhalten. Die Regierung weiß, wir wissen und das Ausland weiß, daß mit unserer Macht zu rechnen ist. Wenn der Druck der letzten Wochen auf die Regierung anhielt, ohne daß — wie bisher — die feindlichen Völker und Sozialisten auf ihre Regierungen den entsprechenden Druck ausübten, so ist die unaussprechliche Folge, nicht daß man dem Frieden nicht, sondern daß man dem Vaterlande schadet. Schon jetzt kann man nachteilige Wirkungen unserer einseitigen Friedenspolitik auf unser Land erkennen. Das war nicht die Abnützung, die auf weiteres müssen wir in dieser Beziehung neben die Regierung treten. Sind die Franzosen und Engländer bereit, mit uns und den Russen in Stockholm zusammenzuarbeiten, dann allerdings besteht für unsere Politik die entgegengesetzte Voraussetzung. Aber auch nur dann erst. Das sollten sich die Entente-Sozialisten gesagt sein lassen.

Unsere Friedenspolitik hat, wie nur wenige zu verkennen geneigt sein werden, äußerst vorteilhafte Wirkungen für unser Land gehabt, da sie den sehr wichtigen moralischen Faktor sehr zugunsten Deutschlands verschoben hat. Es besteht also kein Grund, die Bremse anzuziehen, dafür sorgen schon andere Leute außerhalb der Partei in mehr als hinreichender Weise. Die Sozialdemokratie wird wie bisher nicht Regierungspolitik, sondern selbständige sozialdemokratische Politik treiben, und wo die Regierungspolitik von dieser sozialdemokratischen Politik abweicht, wird sich naturgemäß auch der Druck der Sozialdemokratie geltend machen müssen, je energischer, desto besser, und je erfolgreicher, desto sicherer zum Wohl des Volkes.

### Eine schwerer Vorwurf gegen die alte „Vorwärts“-Redaktion.

Die Erfurter „Tribüne“ fühlt in sich Lust und Fähigkeit, den „Vorwärts“ anzuklagen, daß er drei Jahre ein Buchstabengläubiger des W. L. B. gewesen ist:

„Es hat aber dreier Jahre Weltkrieg bedurft, um dem „Vorwärts“ die Erkenntnis beizubringen, daß durch das offiziöse W. L. B. eine Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Sinne und Interesse der Scharfmacher schon immer systematisch betrieben wurde!“

Der „Vorwärts“ war zweieinhalb Kriegsjahre in den Händen „radikaler“ Redakteure, die, wie die „Erfurter Tribüne“ feststellt, gegen W. L. B. nicht aufmachten. Diese Aufgabe blieb ihren Nachfolgern vorbehalten.

## Industrie und Handel.

### Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Ueber die angeforderte Ausdehnung der A.-G. für chemische Produkte vorm. H. Scheidemann & Co. teilt die Verwaltung nunmehr folgendes mit: Die Gesellschaft hat das Aktienkapital von 1 200 000 M. der Spratt A.-G. in Rummelsburg (Sunde- und Hünerfütterfabrik) erworben; sie beteiligt sich bei der Fett säure- und Glycerin-Fabrik in Mannheim, der Liebig Fleischextrakt Co. in Antwerpen und Köln und anderen zur Erweiterung des Arbeitsgebietes bedeutenden Unternehmungen. Die Reichsbank hat die Zustimmung zur Kapitalerhöhung erteilt. Der Generalversammlung wird ferner die Verschmelzung mit der Wilhelmshurger chemischen Fabrik Hamburg in Wilhelmshurg vorgeschlagen. Der Vorstand berichtet, daß die Umsätze der Gesellschaft und der Tochtergesellschaften weiter gestiegen sind und zu der Erwartung eines sehr befriedigenden Ergebnisses für das am 30. September 1917 ablaufende Geschäftsjahr berechtigen. An der Spratt A.-G. und an der Liebig-Company war früher feindliches Kapital beteiligt.

In der außerordentlichen Generalversammlung der W. u. Genest-A.-G., die die angeforderte Kapitalerhöhung beschloß, wurde berichtet, daß diese nicht aus spekulativen Beweggründen, sondern wegen der Rohstoffsteigerung erfolgt und auch von der Reichsbank gebilligt sei. In der Höhe der Umsätze sei keine Veränderung eingetreten.

### Börsenpraktiken.

Der Börsenverband berichtet anlässlich öffentlicher Klagen, daß sich das Börsenrecht in Wirklichkeit befindet. Diese Klagen betreffen den Kurschnitt durch Angelegte, die in Kenntnis vorliegender Aufträge auf dem Rücken der Auftraggeber in der Weise spekulieren, daß sie z. B. erst für sich kaufen, dann die Kundenorder, womöglich zu erhöhtem Preis, ausführen und die so angeregte Stimmung zum Verkauf ihrer eigenen Papiere benutzen.

Die Erklärung des Börsenverbandes ist ein Schlag ins Wasser und wird nur die Vorfrist dieser gewinnlustigen Angelegten erhöhen, nicht ihre Entschamtheit vom Börsenspiel erreichen. Hauptschuldige an den durch und durch ungesunden Zuständen sind überdies nicht die Angelegten, sondern die Banquiers, die nicht als Kommissionäre, sondern als Eigenhändler auftreten und diese Eigenschaft oft recht zum Schaden ihres Kunden ausnützen.

Belegentlich wird die Hoffnung ausgesprochen, daß nach der nächsten, jetzt schon vorbereiteten Kriegsanleihe die Börse eröffnet werden wird, was die Hausfremden der öffentlichen Kritik unterwerfen wird.

Verantwortl. f. Politik: Dr. Franz Dieberich, Berlin-Friedenau; für d. Ubrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neudamm; für Inserate: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft, Berlin SW. Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.



# Machen Augengläser alt?

Von der ehrwürdigen Brille könnte man dies behaupten, von dem stolzen Aneiser oder ebensowenig wie von gutgefertigten künstlichen Zähnen. Wir haben für jede Nase elegante, guffigende Aneiser ohne Rand, die sicher niemand älter erscheinen lassen. Doch behaupten wir allen Ernstes, daß Augengläser sogar jung erhalten. Denn wer nicht gut sehen kann, kneift, um besser erkennen zu können, die Augen zusammen, dadurch entstehen an der Stirn, neben und unter den Augen, Falten und Runzeln, die sich mit der Zeit tief einprägen und vorzeitig alt machen. — Solche Ueberanstrengungen der Augen können abgelenkt, gereizt und nervös machen. Auch davon bleiben im Antlitz Spuren zurück, die wahrlich niemand jünger erscheinen lassen.

prüfen wir Augen und Sehraft mit Sorgfalt und garantieren für passende Gläser sowie für Haltbarkeit aller Fassungen von 4,50 M. an. Dafür erhalten Sie schon einen guten Aneiser (ohne Gläser) bei uns und dazu noch ein Jahr Garantie, d. h. solange alle Reparaturen umsonst, selbst wenn die Fassung durch Ihre Schuld zerbrochen wurde, nur für Hornlinsen, Schildpatt und für zerbrochene Gläser haben Sie noch zu zahlen. Ein Paar stark gewölbte, punktuell abbildende Punktir-Gläser kosten bei uns nur 4.— M., das Paar aus Sanoflop-Glas 6.— M.

## Optiker Ruhnke

Neu: Friedrich-Str. 106, 6de Stiege-Str.

- Sind's die Augen, Geh' zu Ruhnke!
- C. Am Alexander-Platz neben Köppler, Spittelmarkt, 6de Woll-Str.
- W. Leipziger Str. 113, 6de Roser-Str.
- NW. Friedrich-Str. 150, 6de Dorsthen-Str.
- Charlottenburg: Tauentzien-Str. 15, 6de Marburger-Str.
- Wilmersdorf: Beckner Str. 132-3 a u. Ullrichstr.
- SO. Oranien-Str. 44, nahe Oranien-Platz.
- Friedrich-Str. 180, 6de Lauben-Str.
- N. Chaussee-Str. 72.
- Friedenau: Rhein-Str. 18, 6de Reich-Str. gegenüber der Kaiser-Str.
- Schöneberg: Haupt-Str. 121 (am Hof-Wilb.-Platz).
- Joachimshaler Str. 2, am Bahnhof 39a.
- Rhein-Str. 18, 6de Reich-Str. gegenüber der Kaiser-Str.

Staatliche Lohnfestsetzung.

Das, was eine fürsorgliche Obrigkeit in längst vergangenen Zeiten im staatlichen Interesse für geboten hielt, die Festsetzung von Lohnhöhen, kehrt in der neuen Zeit wieder, natürlich in einer etwas abgewandelten Form und aus anderen Gründen.

Früher handelte es sich um die Festsetzung von Höchstlöhnen, heute um die von Mindestlöhnen. Die staatliche Autorität greift dort ein, wo sich herausstellt, daß die in abhängigen Diensten anderer Stehenden allein nicht imstande sind, Einfluß auf eine angemessene Vergütung für die von ihnen geleistete Arbeit zu gewinnen.

Bisher ist ein solcher Eingriff zugunsten der wirtschaftlich Schwachen nur erst in ganz vereinzelten Fällen zu verzeichnen. Aber die ersten Schritte auf dem Wege sind doch getan, den z. B. der Deutsche Heimarbeitertag vom Januar 1917 zugunsten der Heimarbeiter gefordert hat: Regelung der oft unzulässig geringen, zu Heimarbeiter und gesundheitsgefährlicher Arbeitsweise zwingenden Löhne.

In dieses Gebiet schlägt die beim Hilfsdienstgesetz geschehene Regelung der sozialpolitischen Fragen ein. Arbeitsbindung auf der einen Seite, Auf der anderen Einrichtungen, die eine den Verhältnissen entsprechende Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gewährleisten sollen.

Auch in der Schweiz ist seit kurzem eine Verordnung auf Grund eines Bundesratsbeschlusses in Kraft getreten, die Mindestlöhne und Mindestlöhne in der Schweizerischen Stickerindustrie festsetzt. Die Schweizerische Stickerindustrie ist durch den Krieg in erheblicher Weise in Mitleidenenschaft gezogen worden.

Mit Rücksicht auf den durch die Kollage der Industrie eingetretenen Lohndruck sind nun Mindestlöhne und die Mindestlöhne festgesetzt worden. Die Mindestlöhne betragen 35 bis 37 Rappen pro 100 Stuch, die Durchschnittslöhne 22 bis 30 Rappen.

Wir sehen also auch hier ein staatliches Eingreifen zugunsten der wirtschaftlich Schwachen, wie es vor der Kriegszeit kaum je in die Erscheinung getreten ist. Der Krieg hat auch auf diesem Gebiet eine Aenderung der Anschauungen bewirkt und wir wollen hoffen, daß die jetzt gemachten Erfahrungen auch in der Friedenszeit nicht unberücksichtigt bleiben mögen.

Der Reichskommissar für Elektrizität und Gas, Prof. Kubler, hat um den ungehinderten Betrieb der Gasanstalten sicherzustellen, eine Verordnung erlassen, aus der wir hervorheben: Für jede Gasanstalt werden ein oder mehrere Vertrauensmänner, vorwiegend die Leiter der Gaswerke, verpflichtet.

Groß-Berlin

Einschränkung des Gasverbrauchs.

Der Reichskommissar für Elektrizität und Gas, Prof. Kubler, hat um den ungehinderten Betrieb der Gasanstalten sicherzustellen, eine Verordnung erlassen, aus der wir hervorheben: Für jede Gasanstalt werden ein oder mehrere Vertrauensmänner, vorwiegend die Leiter der Gaswerke, verpflichtet.

Neue Hausanschlüsse, Neubereicherungen, die Aufstellung von Gasbädern und die von Gaszimmern sind verboten. In außergewöhnlich dringlichen Fällen und bei Anlagen bis zu einer Gasmetergröße von 100 Litern ist der Vertrauensmann befugt, Ausnahmen zuzulassen, solange dadurch die Leistungsfähigkeit der Gasanstalt nicht unzulässig beeinträchtigt wird.

Der Gasverbrauch wird eingeschränkt. Die Höhe der Einschränkung der Gesamtgasabgabe wird der Reichskommissar jeweils festsetzen. Die Berechnung für die einzelnen Werke erfolgt auf gleichmäßiger technischer Grundlage. Die öffentliche Beleuchtung ist weitgehendst einzuschränken.

In gasverbrauchenden industriellen Anlagen sind für die Einhaltung der von den Vertrauensmännern aufgestellten Ortsbestimmungen die Betriebsleiter, Werkmeister, Fach- und Hilfsarbeiter jeder in seinem Arbeitsbereich mit verantwortlich.

Zu dieser Verordnung sind noch Ausführungsbestimmungen ergangen, wonach der Abfall des gegen Entgelt abgegebenen Gases bis auf weiteres so geregelt werden soll, daß die Verbraucher, die schon im Vorjahre Gas bezogen haben, jetzt von Monat zu Monat oder in anderen für die Abfuhr des Gasmessers

üblichen Zeiträumen insgesamt nicht mehr als 80 Proz. ihres vorjährigen Bezuges erhalten. Daß sich seit dem Vorjahre der Heizwert des Gases nachgewiesenermaßen geändert, so vermindert oder erhöht sich die Prozentanteile Einschränkung im gleichen Verhältnis. Diese Einschränkung gilt auch für die Kriegswichtigen Betriebe.

Neu hinzuzutretende Abnehmer sind bei der Gasabteilung so zu behandeln wie die schon vorhandenen gleichartigen Abnehmer. Die Ueberschreitung des den Abnehmern für den einzelnen Monat zugeordneten Gasverbrauchs ist nachdrücklich zu verhindern. Der Reichskommissar hat bestimmt, daß bei trotzdem eingetretener Mehrverbrauchs seitens des Abnehmers an die Gasanstalt je Kubikmeter ein Aufgeld von 50 Pf. zu bezahlen ist.

Soweit die Bestimmungen des Reichskommissars. Wir bedauern außerordentlich, daß man bei der Festsetzung dieser Bestimmungen wieder allzu schematisch vorgegangen ist und die Einschränkung für Einzelzimmer sowie für große herrschaftliche Wohnungen gleichmäßig auf 20 Proz. festgesetzt hat.

Von den Gemeinden erwarten wir, daß alle etwa noch bestehenden Bestimmungen über einen Mindestverbrauch und besondere Befreiungen bei Nichtabnahme des Mindestquantums sofort beseitigt werden.

Pfundweiser Brotartenverkauf in Zehlendorf.

Der siebzehnjährige Schudienersohn Firkow, dessen Eltern in Sieglitz in einem Hause, in dem sich die Brotkommission befindet, wohnen, erwiderte seit langer Zeit jede Woche etwa 15 Pfund Brotartenabnahme aus den Räumen der Sieglitzer Brotkommission und verkaufte sie an den Bäckermeister Henke in Zehlendorf, Alendburger Str. 7. Dieser ergänzte damit seinen eigenen Kartenbestand und erlangte auf solche Weise von der Verteilungsstelle größere Kosten. Er ist als im rechtmäßig zustanden. Die so erworbenen vielen Zentner verkaufte Henke zu Wucherpreisen an Privatleute, an andere Bäckermeister und immer blieb ihm noch so viel übrig, daß er einen großen Kuchenverkauf veranstalten konnte.

Das Kriegswucherramt wird seufzen, wer von diesem Rehl bezogen hat. Wer solches Rehl ohne Karten kauft, macht sich nicht nur des Kartensvergehens, sondern auch der Hehlerei schuldig, denn er muß wissen, daß „markenloses Rehl“ aus strafbaren Handlungen herfließen muß. Auf Hehlerei gibt es aber nur eine Strafe — das Gefängnis.

Berliner Lebensmittel.

Auf Abschnitt Nr. 96 der Lebensmittelkarte entfallen 200 Gramm Graupen. Die Abnahme ist von heute bis zum Freitag, den 3. August, in den durch besondere Verkaufsschilder gekennzeichneten Kleinhandelsgeschäften gegen Empfangsbescheinigung abzugeben. Die Karte wird dann nach Ablauf des üblichen Preises zur Verfügung stehen.

Kein Kaffee-Ersatz ohne Bezugsschein!

Der Berliner Magistrat schreibt uns: Wie festgestellt worden ist, werden in einer Reihe von Groß-Berliner Geschäften immer noch Kaffee-Ersatzmittel ohne Karte oder Bezugsschein verkauft. Erneut muß darauf hingewiesen werden, daß ein derartiger Verkauf unzulässig und strafbar ist. Der in Groß-Berlin bestehende Karten- und Bezugsscheinzwang erstreckt sich auf jedwede Art von Kaffee-Ersatz. Insbesondere unterliegt ihm auch diejenige Ware, die neuerdings ziemlich häufig im Handel auftaucht, meistens von recht zweifelhafter Beschaffenheit, dafür aber besonders teuer ist, und zu deren Herstellung sog. „Verteilscheine“, d. h. in diesem Falle andere als vom Kriegsausfluß für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel“ zur Verfügung gestellte Rohstoffe Verwendung gefunden haben.

Die zum Kriegsdienst eingezogenen Rechtsanwalts-Bureauangestellten.

Der Vorstand der Berliner Anwaltskammer empfiehlt den Berliner Rechtsanwältinnen wegen der zum Kriegsdienst eingezogenen Bureauangestellten die tunlichste Verdrückung folgender Zeisäge: 1. Den zum Kriegsdienst eingezogenen Bureauangestellten werden, wenn irgend möglich, ihre früheren Stellen offengehalten; sind sie infolge von Kriegseinsparungen zur Verwendung in ihren früheren Stellen nicht mehr tauglich, so ist ihnen, wo möglich, eine andere ihren Fähigkeiten und Kenntnissen entsprechende Stellung zu übertragen.

Keine Beschlagnahme von Gemüse- und Obstkonserven. Einige Zeitungen brachten gestern die Nachricht, daß das in den Hausbalkungen eingemachte Gemüse und Obst beschlagnahmt werden solle. Wie wir von der zuständigen Stelle erfahren, ist eine solche Maßregel in keiner Weise geplant.

In den Arbeitsnachweisen für das Schneidergewerbe sind die Vermittlungsstunden vom 1. August ab wie folgt festgesetzt: I. Gerichtstraße: 8-1 Uhr, II. Treseowstraße: 8-12 Uhr, III. Junferstraße: 8-12 Uhr, IV. Ruderstraße: 3-6 Uhr.

Fahrpreisermäßigung. Windermittelten Angehörigen deutscher Soldaten, die im neutralen Ausland zurückgeblieben sind, wird zur Erleichterung des Besuchs deutscher Militärpersonen auf den Staatseisenbahnen Deutschlands, mit Ausnahme des rechtsrheinischen bayerischen Reges, eine Fahrpreisermäßigung in demselben Umfang und unter den gleichen Voraussetzungen gewährt, wie den Angehörigen erkrankter oder verwundeter deutscher Kriegsteilnehmer.

Notwendige Angaben auf dem Gepäcks. Die Angabe von Name, Wohnort und Wohnung auf dem Gepäcks, die der Reisende der Bahn übergibt, wird seit langen Jahren empfohlen und von manchen Reisenden wohl auch ausgeübt. Vom 15. August an wird sie zur allgemeinen Pflicht gemacht. Das Reichs-Eisenbahnamt hat in die Eisenbahn-Verkehrsordnung eine entsprechende Bestimmung aufgenommen. Jedes Gepäcksstück, heißt es darin, muß die genaue und dauerhaft befestigte Adresse des Reisenden, also Name, Wohnort und Wohnung, tragen. Ebenso muß der Name der Aufgabe- und Bestimmungsstation angegeben sein.

Die nächsten Volkskonzerte des Philharmonischen Orchesters finden am Mittwoch, den 1., 8., 15., 22. und 29. August und am Freitag, den 3., 10., 17., 24. und 31. August in der Philharmonie, Bernburger Straße 22/23, statt. Beginn der Konzerte 8 Uhr, Kassenöffnung 7 Uhr. Eintrittspreis 30 Pf.

Zwei Schleichhändlerbüchsen geschlossen! In den Schanzwirtschaften von Gustav Lämmler, Berlin, Panoramastr. 2, und Albert Jechse, Berlin, Gontardstr. 1, hatten die Schleichhändler, welche den Bahnhof Alexanderplatz und die Gegend um die Zentralmarkthalle bevorzugten, regelrechte Büchsen abgehalten. Es war ein lebhaftes Gehen und Kommen, und die Wirte begünstigten das Treiben, denn sie verdienten an dieser Kundtschaft, die mit dem Gelde nicht zu sparen brauchte, mehr als gut. Als die Beamten des Kriegswucherramtes die Ermittlungen einleiteten, wurden die Schleichhändler durch Lämmel und seine Frau gewarnt. Man schickte jedesmal Boten auf den Bahnhof, welche die Schleichhändler von der Annäherung der Beamten unterrichteten. Trotdem gelang es, festzustellen, daß in dem Lokal ein bedeutender Schleichhandel mit Lebensmitteln aller Art, besonders mit Fleisch und Eiern, betrieben und von den Wirten geduldet und begünstigt wurde.

200 Zentner Reis beschlagnahmt. Der Ortspolizei von Mariensfelde ist es gelungen, einem umfangreichen Ketten- und Schleichhandel in Reis auf die Spur zu kommen. Sie ermittelte, daß bei zwei Aukläufern, von denen einer in Mariensfelde wohnt, 200 Ztr. Reis unter falscher Bezeichnung eintreffen sollten. Die Händler beabsichtigten, den Reis mit 6 R. für das Pfund abzusetzen. Einem Polizeiwachmeister in Mariensfelde gelang es, den Reis abzufassen und beide Aukläufer zu verhaften. Woher diese den großen Posten Reis bezogen haben, steht noch nicht fest. Die 200 Zentner Reis wurden vorläufig bei der Mariensfelder Gemeindeverwaltung untergebracht, bis die zuständige Stelle über ihre Verwendung entscheidet.

Heber die Feuerleiter gingen Einbrecher, die in der vergangenen Nacht ein großes Geschäftshaus heimlich ein. Von der Leiter aus drückten sie im ersten Stock die Fensterweiden ein und verschafften sich so Zugang zu den Räumen. Sie stahlen für 20 000 R. Seidenstoffe und fertige Sachen. — Für 6000 R. Damenwäsche und dergleichen erbeuteten „Luftklappeneindrer“ in einer Wäschefabrik in der Potsdamer Straße. Sie stiegen durch die Luftklappe über der Tür ein.

Verkleppt? Auf der Rückreise nach Berlin ist die 16jährige Anna Gramoll aus der Hohrechstr. 20 in Reußlin verhaftet worden. Das junge Mädchen, das hier in Stellung sich befindet, war nach Kolberg zu dort wohnenden Verwandten gefahren und hatte am Donnerstag, den 14. Juli die Rückreise angetreten. In seiner Wohnung ist das Mädchen jedoch nicht eingetroffen und alle Nachforschungen nach seinem Verbleib sind bisher vergeblich geblieben. Es wird befürchtet, daß die Gramoll, die sich auch Pich nennt, in schlechte Hände geraten ist und verborgen gehalten wird. Die Vermehrte ist etwa 1,65 Meter groß, von kräftiger gut entwickelter Gestalt, hat dunkelblondes Haar, blaue Augen, volles, frisches Gesicht.

Ein größerer Fabrikbrand beschäftigte gestern vormittag die Feuerwehr längere Zeit auf dem ausgedehnten mit zahlreichen Gebäuden besetzten Grundstück Köpenicker Straße 56, das bis zur Spree reicht. Dort war in einer Metallwarenfabrik Feuer ausgebrochen, das schnell um sich gegriffen hatte. Es gelang nach mehrstündiger Tätigkeit, die Flammen auf einen Betrieb zu beschränken. Mittags konnte die Wehr wieder abrücken. Der Betrieb soll fortgesetzt werden.

Der Spandauer Mädchenmord. Der Mord an der Prostituierten Anna Schreiber aus Vichtenberg, die wie wir meldeten in der Nacht zum 30. April am Lindenufer in Spandau erstickt aufgefunden wurde, ist noch immer nicht aufgeklärt. Nachdem die Vermutung, daß ein in Berlin verhafteter Arbeiter der Täter sei, sich nicht bestätigt hatte, sind die weiteren Nachforschungen nach dem Mörder bisher ohne jeden Erfolg geblieben. Um die Ermittlungen zu fördern, hat jetzt der Regierungspräsident zu Potsdam eine Belohnung in Höhe von 1000 R. ausgesetzt. Der Täter ist wahrscheinlich in den Kreisen der Zuhälter zu suchen; er hat seinem Opfer vermutlich 40 R. geraubt.

Neuflän. Lebensmittel. Vom Freitag den 3. bis Donnerstag, den 9. August, dürfen in denjenigen Geschäften, in welchen Neu- anmeldungen zum Bezuge von Kolonialwaren (Griech, Graupen usw.) erfolgt ist, auf Abschnitt 41 der Lebensmittelkarte 375 Gramm Graupen, auf Abschnitt 42 125 Gramm Weizengriech entnommen werden. Der Verkaufspreis beträgt für das Pfund Graupen 30 Pf. und für Weizengriech 28 Pf. Bei Bruchteilen darf der Betrag auf volle Pfennige abgerundet werden.

Vom Donnerstag, den 2. bis Mittwoch, den 8. August, dürfen in denselben Geschäften auf Abschnitt 40 375 Gramm Suppen zum Preise von 60 Pfennig entnommen werden.

Wilmersdoef. Lebensmittel. Auf die „Bezugskarte für Einzelpersonen“ (3. Ausgabe, rosa) gelangt bis einschl. Sonntag, den 5. August, auf Abschnitt Q 175 Gramm Weizengriech zum Preise von 10 Pf. zum Verkauf. Die Entnahme der Waren hat in denjenigen Geschäften zu erfolgen, wo der Inhaber der rosa „Bezugskarte für Einzelpersonen“ in die „Aundensliste zum Bezuge von Griech, Graupen, Grüne, Teigwaren usw.“ eingetragen ist. Demnächst gelangen Hasergrübe und Hasermehl zur Abgabe.

Kreis Niederbarnim. Mangelnde Kartoffelversorgung. Auf Oberichöneweide wird und geschrieben: Nach den Umständen des 16. April wurden der Bevölkerung fünf Pfund Kartoffeln pro Kopf und Woche versprochen. Wo die Vellieferung nicht möglich sein sollte, konnte Mehl oder Gebäck verabfolgt werden. Dieses wurde zur Regel. Kummert sind aber schon 5 bis 7 Wochen verfloßen, seit es die letzten Kartoffeln in unserem Ort gab. Man tröstete sich damit, daß es ja bald Frühgemüse und auch neue Kartoffeln geben würde. Leider war dies ein unerfüllt gebliebener Trost. Ersteres gab es zum Beginn nur in den geringsten Mengen und zu Preisen, die es nur wenigen Glücklichen gestattete, sie bezahlen zu können, und Kartoffeln gibt es — bis heute noch nicht in der Gemeinde, trotzdem die umliegenden Nachbargemeinden schon seit 8 bis 14 Tagen in der glücklichen Lage sind, die begehrten neuen Kartoffeln, wenn auch nur in bescheidener Menge an die Einwohner abgeben zu können. Verlagten die Kreisinstanzen schon bei der Veriorgung mit Gemüse und überließen es ausschließlich den Gemeinden, mit mehr oder weniger Glück dafür zu sorgen, so ist die Vellieferung mit Kartoffeln, wo die Gemeinden nicht selbständig vorgehen können, sondern ausschließlich auf die Lieferung der Kreisverteilungsstelle angewiesen sind, ge-

radem miserabel zu nennen. Dies ist gerade kein angenehmer Zustand und das Unbehagen, welches sich über die Rücksichtslosigkeit in nicht mißzuerhebenden Bemerkungen Luft macht, wohl zu verstehen. Nicht anzunehmen ist, daß unser Ort vielleicht gar nicht auf der Kreisliste verzeichnet ist. Recht bedenklich erscheint es, daß in den verschiedenen Abteilungen des Landratsamtes, welche sich mit Lebensmittelverteilung beschäftigen, keine Vertrauensleute der Arbeiterschaft zur Mitarbeit herangezogen werden. Zurzeit rufen wir der Kartoffelverteilungsstelle des Kreises Niederbarnim zu: Nehmt den Hausfrauen eine Sorge ab und liefert so schnell wie möglich Kartoffeln in hinreichender Menge.

Den Gemeindevorständen wäre anzuraten, ihre Anträge auf Belieferung mit Kartoffeln und anderen Lebensmitteln etwas dringender an das Landratsamt zu richten.

**Steglich.** Die Brotkommissionen sind von jetzt ab von 8-12 und von 4-1/2 Uhr geöffnet. Lebensmittel in dieser Woche: 3 Pfund Kartoffeln, 1/2 Pfund Gemüse, 1/2 Pfund Obst, 3 Eier, 50 Gramm Speiseöl, 250 Gramm Magerhühnerfleisch, 200 Gramm Weizenmehl.

**Friedrichshagen.** Lebensmittel. Heute nachmittag von 5 Uhr ab gelangt in der Durchfahrt des Rathauses Brühwürst zum Verkauf. Fleischwaren sind mitzubringen. — In der Kriegsküche findet der Verkauf von Rohbrüden statt. Auch Gurken sind neu eingetroffen und stehen mit 30 Pf. pro Pfund zum Verkauf.

— **Neumeldung zum Kartoffelbezug.** Heute und morgen werden die Kundenlisten neu aufgelegt. Bei der Anmeldung sind die Lebensmittelkarten vorzulegen. Abschnitt 87 berechtigt zum Bezug bei dem Händler, wo der Betroffene angemeldet ist.

## Gerichtszeitung.

**Aus Turdt vor dem Galgen oder Sibirien hat der Arbeiter Kznedi,** der in Russisch-Polen geboren ist, die Straftat begangen, die ihn vor die Ferienstrafkammer des Landgerichts I führte. Der Angeklagte hat in Russland als Soldat gedient, wurde aber wegen seiner Nationalität fürchterlich mißhandelt und verprügelt, so daß er es nicht mehr aushalten konnte. Er desertierte und ging nach Deutschland, wo er unter dem Namen Wiczorek seit dem Jahre 1913 lebte. Dann hatte er sich in Kattowich und später in Berlin wegen geringer Eigentumsvergehen zu verantworten und wurde beide Male unter dem Namen Wiczorek verurteilt. Wie er vor Gericht erklärte, hatte er Angst, wenn er seinen richtigen Namen nennen würde, bei dem damaligen noch freundschaftlichen Verhältnis zwischen Deutschland und Russland man ihn als lästigen Ausländer an Russland ausliefern würde, wo er dann wegen Desertierens schwer bestraft, nämlich nach Sibirien geschickt, wenn nicht aufgehängt werden würde.

In dieser Angst hat er die sogenannte intellektuelle Urkundenfälschung, wegen der er später zur Verantwortung gezogen wurde, begangen. Seine Strafverfolgung hat er selbst verschuldet. Als der Krieg ausgebrochen war, meldete sich der Angeklagte, der nun die Furcht vor einer Auslieferung an Russland verloren hatte, eines Tages auf der Polizei und gab seinen richtigen Namen und den Grund seiner bisherigen Namensänderung an. Die Folge war die Einleitung des Verfahrens gegen ihn. Das Schöffengericht hatte ihn zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. Auf die von ihm eingeleitete Berufung ermäßigte die Strafkammer die Strafe auf 100 M. Geldstrafe event. 20 Tage Gefängnis, indem sie mit dem Angeklagten der Meinung war, daß unter den obwaltenden Umständen ihm Milderungsgründe zuzubilligen seien.

**„Irrtümer vor Gericht.“** Wie verschieden selbst bei Gerichten in Kriegswirtschaftsachen die Auslegung von Strafverordnungen ist, zeigte eine vor der Ferienstrafkammer des Landgerichts II verhandelte Angelegenheit gegen eine Frau Franke und deren geschiedenen Ehemann. Durch die Verordnung zur Regelung der Preise für Schlachtschweine vom 14. Februar 1918 und das Höchstpreisgesetz ist der Verkaufspreis für lebende Schweine auf etwa 1 M. nebst Zuschlag pro Pfund festgesetzt. Frau Franke hält sich in ihrem kleinen Anwesen in Schöneberg einige Schweine, von denen sie eins im Gewicht von 287 Pfund an einen Bekannten für mehr als 2 M. pro Pfund abließ. Da dieser es noch etwa 6 Wochen weiter füttern wollte, nahm die Frau und ihr geschiedener Ehemann, der ihr jetzt in der Wirtschaft hilft, an, daß sie das Schwein als „Futterfleisch“ veräußern dürfen, während zum Schlachten dies verboten ist. Ferner glaubte die Angeklagte, daß die Verordnung überhaupt nicht Anwendung finde, da ihr Bekannter weder Händler noch Schlächter war und sie mehr als Gefälligkeit ihm dieses Schwein abgelassen habe. Das Schöffengericht Berlin-Schöneberg hielt dies aber für irrtümlich und verurteilte beide Angeklagte zu je 30 M. Geldstrafe — die Frau, weil sie das zum Schlachten reife Schwein überhaupt nicht, jedenfalls aber nicht über den Höchstpreis hätte verkaufen dürfen, den Angeklagten, weil er durch Ausstellung der Quittung über die Anzahlung (Schwanzgeld) und demnachst Annahme des Kaufpreises mitschuldig sei. — In der hiergegen eingeleiteten Berufung führte Rechtsanwalt Dr. Werthauer aus, daß die Ansicht der Angeklagten in den beteiligten Kreisen, sogar im Briefkasten einer Zeitung bei einer Auskunftsbereitstellung geteilt worden sei; selbst die damalige Ausführungsanweisung des Ministers spreche nur vom Verkauf an Händler und Schlächter, und erst später sei diese Anweisung vom Kammergericht in einem Urteil mißbilligt worden. Bei dieser Sachlage könne doch höchstens von einem Falle gutgläubigen Irrtums über eine Bestimmung der jetzt so zahlreichen Verordnungen die Rede sein. Demgegenüber beantragte der Staatsanwalt die Erhöhung der Strafe um das Fünffache, weil die Angeklagten sich nicht im Irrtum befanden, sondern sich um die Verordnung nicht gekümmert hätten, andererseits aber das Schöffengericht wieder

bei Anwendung der Verordnung einen Irrtum begangen habe, da die zulässige Mindeststrafe höher als die erkannte Strafe sei. — Das Gericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Busch verwarf die Berufung des Staatsanwalts und sprach beide Angeklagte frei. Das Schwein sei zwar als Schlachtschwein zu betrachten, die Veräußerung aber sei in gutem Glauben erfolgt, indem sich die Angeklagten im entschuldigen Irrtum befunden und ihnen deshalb die Wohlthat der Verordnung vom 18. Januar 1917 zugute komme.

## Aus aller Welt.

**Sinclair als Kriegshörer.** Der auch in Deutschland bekannte amerikanische Romanist und Sozialist Upton Sinclair schreibt im „Popolo d'Italia“ aus Paris: „Da die deutsche Regierung ein wildes Tier ist, ist es klar, daß die übrige Welt verbunden muß, es zu bändigen und an die Kette zu legen, um den deutschen Sozialisten und der ganzen Welt die Freiheit zu geben. Das ist das Ziel des heutigen Krieges. Da die amerikanische Sozialistische Partei sich gegen ihn ausgesprochen hat, befindet ich mich in einem so tiefen Gegenatz zu ihr, daß ich es vorziehe, mich von ihr mit jener Freude zu trennen, die das gute Gewissen verleiht, das Vaterland nicht zu verraten.“

**Das appetitliche Widestind.** Aus Mecklenburg wird diese ergötzliche Geschichte berichtet: „Im Zuge von Büchen nach Wölsin sah eine Frau mit einem gehämmerten 12 pfündigen Schinken. Plötzlich hörte man in einem Nebenabteil von der Tätigkeit eines Kontrollieurs des Reisegepäckes. Der Schinkenbesitzerin kam ein Reizungsgebanke. Von einer mißbrauchenden Frau mit einem Kinde erbte sie sich Mantel, Mütze und Saugflasche. Als der Kontrollieur das Abteil betrat, fand er eine sorgende Mutter vor, die sich abmühte, ihr Kind zu beruhigen. Unter dieser Verkleidung hat die Frau ihre wertvolle Habe geteilt.“

## Briefkasten der Redaktion.

— **B. D. 82.** Der Einspruch gegen die Staatseinkommensteuer genügt. — **Königerode 20. 7. 17. Ja. — G. D. 4.** Die Kinder können zur Teilnahme am Religionsunterricht in der Schule gezwungen werden. — **C. 17.** Sie müssen jetzt die Steuern zahlen. Hat Ihre Reklamation Erfolg, so werden Ihnen die zuviel erbobenen Steuern zurückerstattet. — **G. G. 82.** Erst nach Jahresfrist soll Urlaub gemeldet werden. Eine Einrede ist verlosch. — **Wahr 151.** 1. Das Generalkommando entscheidet darüber. 2. Sie können dagegen mit Erfolg nicht unternehmen. — **Trude III. Rein. — G. D. 21.** Chronisches Nierenleiden, dienstuntauglich; Herzleiden, landsturmpflichtig. — **G. D. 27.** 1. Ja. 2. Dienstuntauglich, Arbeitsunfähigkeit. Der Betroffene kann zur Operation gezwungen werden, wenn diese nach Ansicht des Arztes nicht mit Lebensgefahr verbunden ist.

**Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag.** Zunächst noch warm und schwül, vorübergehend wolkeig, mit vereiteltem, im Norden meist geringem, im Süden starken Regenschauern, frühweiser Gewitter, später etwas vorrückende Abkühlung.

**Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäscherarbeiter Deutschlands.**  
Filiale Berlin.  
Unseren Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß der Wäscherarbeiter, Kollege **Franz Berg** am 28. Juli im Alter von 60 Jahren verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Mittwoch, 1. August, nachm. 8 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofs der Philipps-Kloster-Gemeinde aus statt. 165/16 Die Ortsverwaltung.

Den Heidentod fürs Vaterland hat am 14. 7. durch Granatplitzerverletzungen mein heiliggeliebter Mann und treuherziger Vater seines einzigen Söhnchens, der Obergefreite **Paul Staack** in einem ruhigen Artilleriebat. im Alter von einundvierzig Jahren. 41243. Dies zeigt an in tiefem Schmerz **Frau Berta Staack** und Söhnchen Kurt. Charlottenburg, Suarezstraße 56. Ruhe sanft im Heidentland.

**Beerdigungsverein der Zimmerleute Groß-Berlins**  
Am Sonntag, 28. Juli, abends 9 1/2 Uhr, verschied nach schwerem Leiden infolge Leberkrebs, im Alter von 79 Jahren, der Zimmerer und Kamerad **Wilhelm Rührmund** Strauchstraße 62. Der Verstorbene war ein altes, treues Mitglied und Mitbegründer des Vereins. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 2. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Leipziger Friedhofes in Baumgartenweg, Riefelstraße, aus statt. **Der Vorstand.**

Wer zerrissenes Schuhwerk, Geschirre Leder, Zeltstoffe, Fahrradmäntel, Filz usw. ausbessern will, verwendet unverzüglich die **Näh-Stepperin D. R. Ahle G. M.** Solide, beste Konstruktion. Nicht Stappstich wie Maschine. Leicht zu handhaben. Garantie f. Brauchbarkeit. Viele Anerkennungen. Preis 2,50 M. mit Nadelsortier und Leinwand, verspart u. portofrei. In Lederhandlungen käuflich oder direkt durch **Joh. Zucker, Stuttgart, Botnang.**

**Deutscher Buchbinder-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.  
Als weitere Opfer des Weltkrieges verloren wir nachstehende Kollegen:  
**Karl Bödner,** Lederarbeiter, geb. 5. 1. 72 zu Berlin.  
**Bernhard Fränkel,** Buchbinder, geb. 22. 1. 73 zu Kattowich.  
**Max Schäfer,** Lederarbeiter, geb. 7. 7. 72 zu Berlin.  
**Heinrich Walter,** Buchbinder, geb. 22. 4. 73 zu Görlitz.  
**Ernst Fabrizius,** Buchbinder, geb. 29. 6. 83 zu Königsberg.  
**Richard Schilling,** Buchbinder, geb. 20. 2. 86 zu Hartzb.  
**Richard Conrad,** Buchbinder, geb. 29. 3. 84 zu Berlin.  
**Hermann Heyer,** Buchbinder, geb. 24. 9. 82 zu Peine.  
**Alfred Nicolai,** Buchbinder, geb. 16. 1. 89 zu Berlin.  
**Walter Stachurski,** Buchbinder, geb. 29. 9. 90 zu Berlin.  
**Karl Salzmann,** Buchbinder, geb. 13. 4. 91 zu Charlottenburg.  
Wir werden allen ein ehrendes Andenken bewahren!  
26/14 Die Ortsverwaltung.

**Bekanntmachung.**  
Wir bitten unsere verehrten Kunden, davon Kenntnis zu nehmen, daß wir in Anbetracht des bestehenden Personalmangels und des geringen Gasverbrauchs im Monat Juli in den Litjachten  
**Rudow**  
Berlin-Dahlem  
Berlin-Friedrichs  
Groß-Ziethen  
Berlin-Grünwald  
Klein-Radow  
Berlin-Vankwitz  
Lichtenrade  
Berlin-Lichterfelde  
Berlin-Mariendorf  
Berlin-Mariensfeld  
Berlin-Nikolassee  
Rudow  
Schlachtensee  
Berlin-Schmargendorf  
Schönefeld  
Schönow  
Stahndorf  
Berlin-Steglitz  
Berlin-Südende  
Teltow  
Berlin-Tempelhof  
Wahmannsdorf  
Zehlendorf  
die Rechnungen über den Gasverbrauch in den Monaten Juni-Juli und Juli-August zu einer Rechnung zusammenfassen und im Laufe des Monats September eingehen lassen werden.  
Berlin, den 31. Juli 1917. 2242

**Imperial Continental Gas Association**  
Stadtrat Max Cassirer  
Liquidator.

**Erfrischungs-Getränke**  
**Himbeer-Extrakt**  
**Zitronen-, Waldmeister-Extrakt**  
Liter 2,00 M.  
Mit Wasser vermischt ergeben die Extrakte eine herrliche süße Limonade. Kein Zucker ist erforderlich. Ein Glas Limonade stellt sich auf kaum 2 Pf. Das tägliche Getränk in jedem Haushalt. — Es wird empfohlen, möglichst Flaschen oder Gefäße zum Abfüllen mitzubringen. — Nach außerhalb: Versand in Korbfässchen von 5, 10 u. 25 Lit.  
**H. Krömer, Berlin, Oranienburger Str. 66.**  
2. Verkaufsstelle: **Andreasstr. 78.**

Die Bekanntmachung des Oberkommandos in den Marken betreffend Bekanntheitmachung von Papierrollen (Goldschiff, Cuffstift, Strohzettel und Klebrollen) tritt am 1. August 1917 in Kraft.  
Die vollständige amtliche Bekanntmachung erfolgt an dem Anschlagtafel und in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, Berlin, den 1. August 1917.  
Der Polizeipräsident.  
470 1. 204. 17.

**Bekanntmachung.**  
Gemäß § 5 der Verordnung über Lebensmittelkarten vom 18. Oktober 1916 wird für den Gemeindebezirk der Stadt Berlin bestimmt:  
I. Auf Abschnitt 99 der Lebensmittelkarte entfallen **200 Gramm Graupen.**  
II. Die Abschnitte Nr. 96 sind in den durch ein Ausschlagschild  
„Verkauf von Graupen auf Lebensmittelkarten der Stadt Berlin“ gekennzeichneten Geschäften gegen Empfangsbekundigung abzugeben, und zwar in der Zeit vom Mittwoch, den 1. bis zum Freitag, den 3. August 1917. Nachträgliche Annahme findet nicht statt.  
III. Die Kleinhandlungsgeschäfte haben die von ihnen angenommenen Kartenabschnitte in der bisher vorgeschriebenen Weise an ihren Großhändler abzugeben, und zwar am **Sonntag, den 4. August 1917.**  
IV. Die Ware wird dann in der üblichen Frist bei den Kleinhandlungsgeschäften gegen Rückgabe der Empfangsbekundigungen zur Verfügung stehen.  
V. Es ist unzulässig, die Kartenabschnitte in Geschäften abzugeben, in denen nicht das vom Magistrat ausgegebene Ausschlagschild (siehe zu II) angebracht ist. Geschäften, die nicht im Besitze des Ausschlagschildes sind, ist die Annahme der Kartenabschnitte untersagt.  
Berlin, den 31. Juli 1917.

**Magistrat der Königl. Haupt- und Residenzstadt.**  
Lagepl. Nr. 96 Dr. 5. Abteilung für Protokollierung.  
**Zähne**  
mit u. ohne Platte, mit echtem Friedenskautschuk, Goldkronen, Brücken, Plomben, Umarbeitung schlecht sitzender Gebisse. Reparaturen sofort. **Zahnziehen in ärztlicher Behandlung.** Billige Preise, auch Teilzahlung. Teleph. Amt Nord. 10435.  
**D. A. Löser** Persönl. nur **Rosenthalerstr. 89** am Platz v. 9-7. Sonntag 10-12.  
Um sich vor Verwechslung zu schützen, zu bitten genau auf meine Firma **D. A. Löser** achten!

**Spezial-Angebot unsöres**  
**Schmierwaschmittels „Germania“**  
vorzügl. Qualität, außerordentlich sparsam im Gebrauch. Lieferbar in Wagonladungen. — Pro bekübel von 36-60 kg zum Konsumentenpreis. (Gegen Nachnahme pro Pfund 60 Pf. festgesetzt.)  
Vertreter unter günstigen Bedingungen gesucht.  
**„Germania“**  
Fabrik kosmetischer und technischer Präparate  
Berlin W 57, Bülowstr. 66. — Tel. Lützow 8249.

**Spezial-Arzt**  
**Dr. med. Hasche,**  
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof.  
Behandl. von Syphilis, Haut-, Horn-, Frauenleiden, Herzerkrankungen, Gicht, Rheuma, Migräne, Schilddrüsenerkrankungen, Bluterkrankung, Wäss. Brei. Zeitlich. Sprechstunden 10 bis 1 und 5-8. Sonnt. 11-1.  
**Gutes Obst u. Kartoffelnand**  
**Parzelle 300 Mark,**  
**Waldparzelle 350 M.**  
an Bahnstation, Chauffee, Gieß. Ch. D. 919 Gerstmanns Ansb., Wagnersplatz. 2346.  
**Gesundheitskauf!** Herbinond Essigessenz gesammelte Beben und Schriften. Neu verlegt Ausgabe. 2 Bände. Preis 10 Mark 2.— Buchhandlung Vorwärts, SW 68, Lindenstraße 3.

**Ärztl. geleitete, modern eingerichtete Heilanstalt f. ambulator. Behandlung**  
Künstl. Höhensonnen  
(Die wissenschaftl. am. beherrschte „Künstl. Höhensonnen“ (Lang.)  
Moderne, erprobte Heilverfahren: Naturheilverfahren, Elektro- u. Licht-Therapie, Wasserheilverfahren, Pflanzen- und Kräuterbäder, Sauerstoffkuren, homöopathische Behandlung, Pflanzeninjektionen. — Nachweisbar gute Heilerfolge bei sämtlichen Krankheiten, inneren und äußeren (speziell chronischen Leiden), z. B. Lungen-, Hals-, Herz-, Magen-, Darm-, Leber-, Nieren- und Blasenleiden, Nervenschwächen, nervösen Kopfschmerzen, allgemeiner Reduktivität, allgemeiner nervöser Abspannung; Nöschel, Gicht, Rheumatismus; sämtliche Ausschläge, Nerven-, Wunden, Lähmungen, Ischämie, Kniegelenk; Stoffwechsel-Krankheiten, Incontinentia urinae usw. — Wegen Raumangelang sind nur einige Fälle mitgeteilt: Herr A. Hellwig, Vorkammsb. d. Berlin, Erbkstr. 25. Von Magenleiden, Verstopfung u. Nervenschwäche in 6 Wochen geheilt. Sollte operiert werden. — Herr A. Wittmann, Berlin, Blumenhofstr. 3. Von Geschwulst und Abszess an alter Operationsnarbe mit 15 Behandlungen geheilt. — Herr M. Rusch, Bin.-Schöneberg, Seebühne 17 bei Reiche. Von Geschwulst u. Nervenschwäche in 4 Wochen geheilt. Vorher dringend zur Operation geraten. — Herr A. Schlabig, Berlin, Coppenstr. 24. Von Geschwulst in 1 Monat vollständig geheilt. Vorher 6 Wochen mit Nadium in einer Berliner Klinik ohne Erfolg behandelt. — Frau E. Jopp, Lichtenberg, Gärtnerstr. 10. Von chron. Frauenleiden, Herzschwäche und Verstopfung geheilt. — Sohn des Gärtners G. König, Borsow. In 6 Wochen von derzeitigster Verarmung geheilt. Vorher anderweitig jeder Erfolg abgeblieben. — Von Nervenschwäche in vier Wochen geheilt. Erklärt sich selbst für ganz gesund. — Herr W. Schindler, Berlin, Greifenhagenstr. 20. Von gichtischer Rheumat. Schmerzen in Bein u. Fußgelenk geheilt. Sehr zufrieden. — Herr A. Hoff, Berlin-Mariendorf, Streiter Str. 11. Von chronischer Rückenmarkentzündung und Lähmung geheilt. Vorher für unheilbar erklärt. — Herr A. Jäger, Reinickendorf-Str. Provinzstraße 117. Von Augenleiden und Katarakt geheilt. — Frau J. Perold, Berlin, Kammerstr. 23. Von Bronchialkatarrh geheilt. — Zwei Kinder des Kohlenhändlers Herrn Linke, Berlin, Streiter Straße 6. Vor 9 Jahren von Augenleiden geheilt, heute noch gesund. — Herr H. Köpke, Bin.-Rummelsburg, Alt-Borsowen 8. Von doppelseitigen Lungenentzündungen geheilt. — Herr C. Neumann, Lichtenberg, Blumenhofstr. 13. Von Keuchhusten und nervöser Magenleiden geheilt. — Frau C. Grosse, Berlin, Jwingelstr. 26. Von Leberleiden geheilt. — Frau Reschauer, Berlin, Schönhauser Allee 87. Von Bakterieller Krankheit geheilt. — Herr Erich Hoff, Berlin, Stendaler Str. 17. Von Nieren- u. Blasenleiden, Wasserleiden, allgemeiner großer Schwäche geheilt. Vorher im Krankenhaus erfolglos behandelt. Jetzt Aitenerloher.  
**Getrennte Behandlungsräume für Damen und Herren!**  
Sprech- und Behandlungszeit 9-1, 4-7 1/2 Uhr.  
Sonntags und Feiertags 9-11 Uhr.  
**Berlin SO 16, Brüdenstraße 10b (am Bahnh. Jannowischebrücke).**

**Keine Wanze mehr für Mk. 1,50**  
Nur mit Nicodol I und II zu erzielen! Ges. gesch. Erfolg verblüffend. Kinderleicht anzuwenden. Doppelpackung Mk. 1,50. Ausreichend für 1-3 Zimmer und Betten. Zu haben in den früher in diesem Blatte genannten sämtlichen Verkaufsstellen. Bei Einwand von Mk. 1,50 Franko-Zus. n. Ausw. d. den Gen.-Vertr. **H. A. Groesel**, Berlin SW. 11, **Königsgrüner Str. 49.** Tel. Kurfürst 4741. [2221\*]

**Kostüme**  
wasserdichte Mäntel, Röcke, Wintermäntel, neueste Formen, beste Stoffe, gibt an private Damenmantelfabrik **Bliski**, Krausenstr. 20, Dönhofsplatz, Sonntag 9-10 geöffnet.

**Lombard-Haus**  
H. Graff, Leipzigerstr. 75 II  
Voll normale Beleuchtung  
Diskretion, Reliabilität, Gelegenheitsk., Uhren, Brillanten, Schmucksachen  
Zentrum 1967  
10-50 %, unt. Ladenpr

**H. & P. Uder,** Berlin SO 16  
Engelauer Str. 5.  
**Tabak - Großhandlung und Tabakfabrik.**  
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.  
Bis auf weiteres:  
**Geschäftszeit 8-11 und 3-6 Uhr.**  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 3014.

Die Farben der Schmetterlinge.

Von Gustav Lindt.

Vor einigen Jahren machte ein Forscher die Entdeckung, daß wenn man Tropfen von metallischen Salzlösungen in eine Gelatine-

Lösung bringt, vielgestaltige und komplizierte Zeichnungen entstehen, die merkwürdigerweise die größte Ähnlichkeit mit den Zeichnungen der Schmetterlingsflügel, besonders der Augenflecken aufweisen.

Lautschke ist jedoch, daß die Farben vieler Schmetterlinge ganz und gar willkürlich zu beeinflussen sind. Im Sommer 1912 wies ein z. B. viele der im Frühjahr aus den Puppen — die überwintert hatten — ausgeschlüpfen Falter eine Neigung zur Schwarzfärbung auf.

Teresa Carreños Erinnerungen an Liszt und Rubinstein.

Teresa Carreño, die unlängst dahingegangene große Klavierkünstlerin, ist in ihrer Laufbahn mit vielen anderen bedeutenden

Liszt traf ich zum erstenmal in jungen Jahren in Paris. Madame Erard von der berühmten Klavierfirma vermittelte das. Die Zusammenkunft fand in den Räumen jenes Hauses statt.

Mein größter Lehrer war Rubinstein, den ich zum erstenmal in London traf. Ich hatte dort und ebenso in Paris Stunden bei ihm. Rubinstein liebte es, während der Stunden auf und ab zu gehen, eine Zigarette nach der andern zu rauchen.

Seuchenbekämpfung im Kriege.

Unter sehr gut ausgebildetes Sanitätswesen hat verhindert, daß in diesem Kriege die Seuchen eine so furchtbare Rolle gespielt haben wie in manchen Kriegen der früheren Zeit.

An Typhus erkrankten im ersten Kriegsjahre 0,56 Proz. der Mannschaften. Nachdem die Impfung durchgeführt worden war, erkrankten im zweiten Jahre nur noch 0,14 Proz.

Eine genaue Statistik über die Ruhrerkrankungen ist nicht möglich wegen der nicht einheitlichen Abgrenzung des Begriffes der Krankheit. Doch wird behauptet, daß die Ruhr in diesem Kriege wesentlich milder aufgetreten sei, als in früheren.

Notizen.

Wilder für Blinde. Da Blinde durch den Tastsinn die Kunst, die sich des Wortes als Ausdrucksmittel bedient, aufnehmen können, müssen sie auch Kunstwerke genießen können, die sich an die Sinne zunächst wenden — dieser Gedanke hat sich, wie die Blindenzeitung „Sympathia“ nach „Dagens Nyheter“ mitteilt, verwirklicht, und so ist man daran gegangen, den Blinden die Malerei zugänglich zu machen.

Das Schicksal im alten Rom. Der römische Kaiser Diocletianus, bekannt durch blutige Christenverfolgungen (303) und der Grundlegung des später durch Konstantin d. Gr. völlig ausgebildeten Byzantinismus, befestigte seinen Ruhm u. a. auch durch eine vorher nie versuchte Kraftüberhebung von Absolutismus.

Anders Hjarmsted.

Von Jakob Knudsen.

„Rein, aber Madam Valling, Sie selbst sagten es doch.“ „Was habe ich gesagt?“ „Ja, aber es ist doch so sinnlos, daß ich gar nichts darauf erwidern kann.“

jahrsnebel da, flüchtig und hinflehend in Weiß und Blauweiß. Das einzige wirklich Feste und Dunkle in der Farbe waren diese Heidekrauthügel, an deren Fuß der Hof lag.

die heute abend zum Tanz aufspielen sollten. — Gleich darauf kam Proprietär Kristen Jaurholt zur Haupttür heraus und empfing den Pfarrer mit freundlichem Schulterklopfen und mit freudlichen Worten.

(Fortf. folgt.)

